Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei) für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die Volksstimme erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Verantwortlich für die Redaktion: Max Seydewitz, für den Anzeigenteil: Rudolf Kochanski, beide in Halle. — Redaktion: Halle. Gr. Brauhausstr. 17, Fernsprecher Nr. 5407. Sprechstunde nur Dienstag und Freitag vormittag von 11—12½ Uhr. Redaktionsschluß vormittags 10 Uhr. — Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle, Gr. Ulrichstraße 27.

Bezugspreis: Monatlich 1.25 Mark. Beim Abholen aus einer der Geschäftsstellen 1.15 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 3.75 ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pfg. — Anzeigengebühr: Die 7gespaltene Kolonelzeile 30 Pfennig, Inserate von auswärts 40 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. — Verlag und Expedition: Halle a. S., Große Ulrichstraße 27. — Fernsprecher Nr. 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 76. | Halle, Freitag, den 4. April 1919. | 3. Jahrgang.

Es fehlt noch viel —

Fieberschauer schütteln den deutschen Volkskörper, das Verhängnis rast durch die deutschen Lande und frißt am Marke unseres Volkes. Streiks und Unruhen sind an der Tagesordnung, und ist an einer Stelle das Feuer im Verglimmen, so loht es gleich darauf an anderer Stelle hellauf. Wir können nicht zur Ruhe kommen und alle die Mittel und Mittelchen, die angewandt werden, das Fieber zu beseitigen, sind vergebens.

Warum, fragt man sich unwillkürlich, ist es so, warum kommt das deutsche Volk nicht zur Ruhe und gibt es wirklich kein Mittel, das Fieber zu nehmen und den kranken Volkskörper auf den Weg zur Gesundung zu bringen. Die Frage ist leicht und doch wieder schwer zu beantworten. Was ist denn die Wurzel des großen Übels?

Die Unzufriedenheit,

die Unzufriedenheit in den geistig und physisch, materiell und ideell vorwärtswollenden Volksschichten, der Tiefstand unserer Volkswirtschaft, an dem der verlorene Krieg schuld ist, die Unstabilität der Verhältnisse, der fehlende Friede und der Hunger, der in unseren Eingeweiden wühlt. Und immer und immer wieder muß man betonen, daß die große Unzufriedenheit

berechtigt

ist, daß die arbeitenden Volksschichten allen Grund haben, mit den bestehenden Verhältnissen unzufrieden zu sein. Die Arbeiterschaft hat die politische Macht errungen, das Volk ist frei geworden, aber nur im Großen, im Kleinen ist vieles beim Alten geblieben und die Schuhriegeleien gegen freiheitlich Gesinnte, vor allem gegen Beamte, machen sich fast noch genau so bemerkbar wie unter Wilhelm II. Das Unmögliche ist Tatsache, daß Sozialdemokraten, deren Partei stark in der Regierung vertreten ist, von Amtsstellen gepeinigt werden, nur weil sie Sozialdemokraten sind und weil man an einflußreichen Stellen von den „Roten Brüdern“ immer noch keine andere Meinung hat, wie vor dem Kriege. Der ganze Verwaltungsapparat, der Bürokratismus ist im großen und ganzen der gleiche geblieben wie unter dem alten Junkerregiment und die breiten Volksmassen sehen nicht so scharf die politischen Veränderungen, die im Großen vorgegangen sind; sie spüren alltäglich am eigenen Leibe, daß dort, wo sie im Alltag stehen,

keine einschneidenden Veränderungen

vorgenommen wurden, daß alles noch beim Alten ist. Das wirkt natürlich erbitternd oder macht zumindest mißtrauisch, wenn man immer von der neuen Zeit hört und spürt nichts davon.

Eins sei aber hier festgestellt: Es ist gewissenlose Demagogie, wenn von verschiedenen Seiten und im Brustton der Überzeugung hinausposaunt wird, die Regierung sei schuld an diesen Zuständen. Das trifft in diesem Umfange keinesfalls zu. Gewiß, mehr hätte die Regierung leisten können. Die immerwährenden Putsche, die alles ruhige, organisatorische Arbeiten verhinderten, kann man dabei aus dem Spiel lassen, man braucht gar nicht einmal zu berücksichtigen, daß wir eine Kompromißregierung haben, durch die noch bestehenden politisch-parlamentarischen Verhältnisse haben müssen, und daß die nichtsozialdemokratischen Minister bei allen durchgreifenden Maßnahmen arg hemmend wirken, trotzdem muß man, wenn man ehrlich ist, sagen: an dem **Willen der Regierung allein** hat es keineswegs gelegen. Es ist keine Spielerei, einen festgewurzelten Verwaltungsapparat von heute auf morgen umzukrempeln, überall an Stelle der alten Bürokraten moderne Verwaltungsbeamte zu setzen, aber nicht scharf genug kann gefordert werden, daß von der Regierung in dieser Richtung alles getan wird und gerade an unserer Partei ist es, in diesem Sinne

Forderungen an die Regierung

zu stellen und versuchen, mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln diese Forderungen durchzusetzen. Da darf es keine Zaghaftigkeit, keine Leisetreterei geben, wir leben nun einmal in revolutionären Zeiten, die in so vielen Fragen außergewöhnliches Vorgehen erheischen. Wohl sind unsere Parteigenossen in der Regierung, aber die Regierungspolitik ist nicht unsere Parteipolitik und wo an unseren Forderungen abgeschnitten wird, da müssen wir weiter drücken, weiter drängen, bis unsere Forderungen erfüllt sind. Ein ganz anderer Hauch muß durch die deutschen Lande gehen, der Letzte muß spüren, daß es anders geworden, daß wir in einer neuen Zeit leben. Die Sozialdemokratie war immer Bannerträgerin beim Vorwärtswollen, sie muß es auch in Zukunft bleiben. Wir sind nicht kurzsichtig, wir wissen, daß alle unsere Forderungen nicht von heute auf morgen erfüllt werden können, aber das eine wollen wir sehen,

daß etwas geschieht,

daß es vorwärtsgeht, daß man unsere Forderungen durchsetzen und andere zusagendere Verhältnisse schaffen will.

Viel fehlt noch dazu, daß die nötige Zufriedenheit mit den politischen Verhältnissen im Volke Platz greifen kann, noch viel mehr verständlich ist die Unzufriedenheit des Proletariats mit den wirtschaftlichen Verhältnissen. Die Revolution soll alles umgekrempelt haben und trotzdem ist das Wesentlichste noch so, wie es vor der politischen Umwälzung war, wer Geld hat, kann kaufen, was er will und wer keins hat, muß hungern, und nur die gleichen Leute, die vor der Revolution auf die schmalen Rationen angewiesen waren, sind es jetzt im gleichen Maße. In den Schaufenstern liegen nach wie vor die schönsten Leckerbissen zu Phantasiepreisen, und diejenigen, die „alle politische Macht“ haben, sind nicht in der Lage, sie erwerben zu können, müssen weiter darben. So etwas bleibt nicht ohne Wirkung, selbst bei den sonst ganz nüchtern Urteilenden. Aber noch viel mehr Mißstimmung unter der Arbeiterschaft schafft, daß ihnen trotz all der politischen Rechte das wichtigste Recht fehlt,

das Mitbestimmungsrecht im Wirtschaftsprozeß.

Ohne dies ist eine tatsächliche Besserung der Lage der Arbeiter, eine Hebung des Gesamtvolkes und die tatsächliche Sozialisierung nicht möglich und zumindest ebenso wichtig wie die politische Gleichberechtigung ist für das Proletariat die wirtschaftliche Gleichberechtigung, die allein die jetzige Bedrückung des arbeitenden Volkes beseitigen, freie Menschen schaffen und allen Menschen ein materiell und ideell erträgliches Leben geben kann. Die Arbeiterschaft kann und will nicht bei der Verstaatlichung stehen bleiben, sie und mit ihr alle sozialistischen Parteien wollen die wirkliche restlose Sozialisierung, den Sozialismus, und um zu ihm zu kommen, brauchen wir die

vollste Wirtschaftsdemokratie.

Gegen die Durchführung derselben stemmen sich aber einflußreiche Gewalten, und da wir keine sozialistische Parlamentsmehrheiten haben, ist die Durchsetzung dieser Forderung auf parlamentarischem Wege mit ungeheuren Schwierigkeiten verbunden und doch muß sie durchgesetzt werden, wenn wir in Deutschland endlich zu der Ruhe kommen wollen, die wir zum Aufbau brauchen. Ohne dem kommen wir nicht zur Ruhe, ohne dem kommen wir nicht zum Sozialismus. Das Volk, das politisch frei geworden, will auch wirtschaftlich frei sein; ein anderer Zustand

muß zu Konflikten führen.

Wenn die vollste wirtschaftliche Demokratie nicht durch den Parlamentarismus erreicht werden kann, muß eben nach anderen Wegen gesucht werden. Der Parlamentarismus allein ist in unserer Partei nie als das Allheilmittel angesehen worden, und es ist keinesfalls glaubhaft, daß eine parlamentarische Aktion die neue sozialistische Gesellschaft ins Leben rufen wird.

Um hier zum Ziel zu kommen, müssen andere Wege gegangen werden, aber notwendig ist dabei vor allem ein gemeinsames Vorgehen der gesamten Arbeiterschaft, nur dadurch kommen wir schneller zum Ziele, zum Sozialismus. Aber immer dann, wenn man glauben konnte, ein Gedanke marschiert, es geht vorwärts, dann kommt irgend ein

irrsinniger

Putsch der Linkesten mit unsinnigen, unmöglichen und taktisch verfehlten Forderungen, die ein Etwas zum Ziele haben, daß das Grab des Sozialismus bedeutet, und das mit Mitteln arbeitet, die wir um des Sozialismus willen verwerfen, bekämpfen müssen und die schwankenden Unabhängigen, die jeden „Erfolg“ mit ausnützen wollen, die keine klare, feste Politik haben, lassen sich jedesmal mitreißen und untergraben den Boden, auf dem allein es möglich ist, andere bessere Verhältnisse oder richtiger die notwendigen wirtschafts-politischen Verhältnisse zu schaffen, die den berechtigten Wünschen und Forderungen der Arbeiter gerecht werden.

Was sich neuerdings im Ruhrrevier entwickelt, ist trotz aller sozialistischen Phrasen ein neuer schwerer Schlag gegen den Sozialismus. Es wird täglich schwerer, an die guten sozialistischen Absichten der Macher dieser Streiks zu glauben. Wer mit solcher Brutalität die letzten Aufraffungsversuche des deutschen Volkes niederschlägt, wer mit soviel Freude an Vergewaltigung eine wirtschaftlich ausschlaggebende Bevölkerungsschicht aufpeitscht, um den ganzen übrigen Teil des Volkes ins Verderben zu stürzen, der kann unmöglich noch im Namen des Sozialismus handeln. Hier ist entweder grenzenloser, unreifer anarchistischer Fanatismus oder

direkter Verrat am Sozialismus

und an der Republik am Werke. Das Spiel im Ruhrrevier ist ein ungeheuerliches Spiel. Die es mischen, sind nie gewohnt gewesen, das sozialistische Prinzip an den wirtschaftlichen Realitäten zu messen, und die Massen, die sie für ihre unklaren Zwecke gebrauchen, sind zu einem sehr großen, vielleicht zum größten Teil, bisher überhaupt nie zu bewegen gewesen, dem politisch und wirtschaftlich sozialistischen Ziel Verständnis oder dem organisierten Kampf der Arbeiterklasse für den Sozialismus Willens- und Opferfreudigkeit entgegenzubringen. Große Massen der heute dort wirkenden Kräfte stehen nach wie vor dem tiefsten Wesen des Sozialismus fremd gegenüber und ihre Zügellosigkeit der Aktionen ist alles andere als heilige Begeisterung für sozialistische Wirtschaftsordnung.

So kommen wir nicht weiter.

Auf diesem Wege rasen wir ins Verderben. Wo ist Klarheit, wo ist positives Wollen? Nirgendwo. Viel fehlt uns, daß wir zufrieden sein könnten, das ist gewiß. Und es soll und muß besser werden, aber es kann nur besser werden, wenn wir aufbauen wollen, wenn wir die ganze Klasse der berechtigt Unzufriedenen zusammenschweißen und nicht mit **Brandstiftung** neue Häuser bauen wollen. **Klare Ziele, klare Wege,** die aufwärts führen. Großes steht auf dem Spiel, die deutsche Arbeiterschaft trägt eine gewaltige Verantwortung, bricht all das in den Novembertagen Erreichte und Aufgerichtete durch das

Wahnsinnsspiel

von Fanatikern, Heiligen, Kurzsichtigen, Wirr- und Dummköpfen zusammen, dann ist für den Sozialismus das Spiel auf lange Zeit verloren, dann wird die internationale kapitalistische Welle, die jetzt von der deutschen sozialistischen Verstandsarbeit aufgehalten werden kann, mit größerer Raserei über die Länder fluten. Und am schlimmsten wird dann das deutsche Volk diesem Kapitalismus der nächsten Epoche zum Opfer fallen: **das Volk, das aus sozialistischer Reife und Unreife zugleich dem Sozialismus das Grab gegraben hat.**

Die Streiklage.

Aus dem Ruhrrevier liegende folgende, sich öfter widersprechende Meldungen vor:

Berlin, 3. April. Die heute hier eingetroffenen Nachrichten bestätigen, daß der Streik im Ruhrgebiet ständig an Ausdehnung zunimmt. Bezeichnend ist, daß einheitliche Forderungen nicht bestehen. Einzelne Belegschaften stellen politische Forderungen auf, andere rein wirtschaftliche, noch andere streiken ohne ein bestimmtes Programm. Einig ist man sich allgemein nur über die Forderung nach dem Sechs-Stunden-Tag, die mit großer Energie verfochten wird. Aus Essen wird berichtet, daß auf fast allen Zechen der sechsstündige Arbeitstag mit Gewalt durchgesetzt ist. — Im Bezirke Bochum streiken zurzeit von 17 Zechen 16. Die bisher arbeitende Zeche liefert die Energie zur Instandhaltung der Anlagen der stilliegenden Zechen. Jetzt soll auch diese letzte Zeche in den Ausstand treten, was zur Folge haben würde, daß sämtliche Zechen des Bezirkes ersaufen müßten. Hoffentlich gelingt es einsichtsvollen Arbeitern noch, die Ausführung dieses verhängnisvollen Beschlusses zu verhindern.

In Düsseldorf soll heute in allen Betrieben eine geheime Abstimmung über den beabsichtigten neuen Generalstreik erfolgen. Die Kommission beschloß, nach allen größeren Orten Abordnungen zu senden, um dafür zu werben.

Der Streik im Ruhrrevier nähert sich seinem Höhepunkt. Die Lage ist noch ernst, aber hat gegen Mittwoch noch keine wesentliche Verschlechterung erfahren.

Die Bergarbeiter dürfen nicht schlechtweg eines Attentates auf die Wirtschaft des ganzen deutschen Volkes angeklagt und bezichtigt werden. Sie haben einen unendlich schweren Dienst bei kärglicher Nahrung zu leisten. Die ganze Streikbewegung im Ruhrrevier kann im wesentlichen darauf zurückgeführt werden, daß die Belieferung mit Nahrungsmitteln überaus schlecht war. So konnte in Bottrop seit zwei Wochen keine Fleischration mehr gegeben werden. Diese bedauerlichen Mißstände, die zu jeder schweren körperlichen und lange währenden Arbeit unfähig machen, dürften wohl jetzt als beseitigt gelten. Die ersten Lebensmittelsendungen sind im Streikgebiete eingetroffen und es werden von jetzt ab an die fördernden Bergleute recht erhebliche Fettmengen verteilt werden.

Essen, 3. April. Wolff meldet: Nach den Meldungen, die bisher vorliegen, ist ein Abflauen der Streik-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190404-10/fragment/page=0001

[illegible], wenngleich die Zahl der Streikenden im gesamten Industriebezirk ein klein wenig gewachsen ist. Es stellt sich die bemerkenswerte Erscheinung heraus, daß auf sämtlichen Zechen, auf denen gestreikt wurde, seit gestern früh überall ein Teil der Belegschaften eingefahren ist. Namentlich trifft das im Essener Bezirk zu, wo der Generalstreik ziemlich als erledigt angesprochen werden muß. Die Streikunlust der Bergarbeiter ist im Wachsen begriffen. Es ist anzunehmen, daß diese Unlust auch nach den benachbarten Bezirken übergreifen wird, weil auch dort im allgemeinen die Stimmung sich sichtbar gegen die Streikhetzer richtet. Dessen ungeachtet geht die Hetze für den Generalstreik von Seiten der Kommunisten eifrig weiter.

*

Berlin. Die streikenden Angestellten der Berliner Metallindustrie haben nunmehr ihre während der Verhandlungen in der Frage der Bezahlung gemachten Zugeständnisse zurückgezogen und ihre ursprünglich erhobenen Gehaltsforderungen wieder aufgestellt. Ferner fordern sie ein Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen und bei Entlassungen und Kündigungen. Schließlich fordern die technisch-industriellen Beamten eine Regelung der Urlaubs-Verhältnisse und sonstige kleinere Zugeständnisse, über die sich eine Verständigung leicht würde finden lassen.

Die Lage in Frankfurt. Aus Frankfurt wird den P. P. N. gedrahtet: In Frankfurt ist alles ruhig. Die Unruhen haben sich nicht wiederholt. Es hat sich im weiteren Verlaufe bestätigt, daß die Bewegung durchaus unpolitischer Natur war.

Aus Breslau wird der P. P. N. gemeldet, daß in den Linke-Hofmann-Werken ein Streik ausgebrochen ist. Die Maschinenfabrik Kaemna hat sich angeschlossen. Auch die Schraubenaktiengesellschaft Archimedes dürfte mit hereingezogen werden. Als Grund des Streiks werden Lohnforderungen angegeben.

Der Streik in Württemberg.

Stuttgart, 8. April. WTB. berichtet: Die württembergische Regierung hat heute eine Kundgebung erlassen, worin gesagt wird, daß der Generalstreik plötzlich zusammengebrochen sei. Die Bevölkerung wird zum Abbruch des Bürgerstreiks und zur Wiederaufnahme der Arbeit aufgefordert. Gegen die Widerstrebenden wird das Gesetz mit aller Schärfe angewendet werden.

Amtlich wird aus Stuttgart gemeldet, daß es vielfach zu blutigen Zusammenstößen in Stuttgart und den Vororten gekommen sei, bei denen es Tote und Verwundete gab. Die Regierung ist Herr der Lage, der Spartakusaufstand ist vollkommen schlgeschlagen.

Das Land des Todes.

Hungertyphus.

Aus Pforzheim, der badischen Goldarbeiterstadt, geht ein erschütternder Schrei aus tiefster Not in die Welt. Der Typhus ist dort ausgebrochen und sucht seine Opfer in tausenden Familien. Einem Aufruf, den der Arbeiter- und Soldatenrat, der Sozialdemokratische Verein und das Gewerkschaftskartell unterschrieben haben, entnehmen wir folgendes: „Namenloses Unglück ist über uns hereingebrochen. Seit Wochen wütet der Typhus in den Mauern unserer Stadt mit einer Heftigkeit, wie sie noch nie von einer Epidemie erreicht worden ist. Tausende liegen danieder. Die Krankenhäuser, die Lazarette vermögen kaum mehr Platz zu schaffen für die unglücklichen Opfer. Und noch ist keine Besserung in Sicht, noch rast die Seuche mit wachsender Wut weiter. Jeder Tag läßt die Zahl der Erkrankungen höher anschwellen, mehr die düstere Reihe frischer Gräber, in denen blühendes Menschentum vorzeitig versinkt. Kaum ein Haus ist verschont geblieben. Und doch stehen wir erst am Anfang, denn der Typhus würgt seine Opfer langsam und schleichend.

Die Männer der Wissenschaft haben erklärt, das Krankheitsgift sei durch verseuchtes Trinkwasser zu uns gedrungen. Sie haben aber hinzugefügt, was allen längst zur Gewißheit geworden ist, daß ein anderer die Saat hat reifen lassen, die dem Schnitter Tod jetzt mühelos zufällt: der Hunger. Er hat die Körper ausgemergelt, hat ihnen die Widerstandskraft geraubt. Er erschwert das Heilwerk der Aerzte, er macht die Genesung der Erkrankten in hohem Maße fraglich.

Die Blockade wird nicht aufgehoben, obgleich jeder weitere Tag den hundertfachen Tod für uns bedeutet! Helft uns! Dieser Notschrei wendet sich an die ganze Menschheit, er will einen Weg suchen zu den fühlenden Herzen unter unsern Feinden. Wenn unsre Heere in Nordfrankreich und Belgien in blutigem Ringen Wunden geschlagen haben, sie sind gering im Vergleich zu den Folterqualen, die dem deutschen Volke insgesamt, und in höchstem Grade uns Pforzheimern bereitet werden. Helft uns! klagt es aus tausenden fieberglänzenden Augen. Helft uns! hallt es aus tiefstem Herzensgrund der Zahllosen, die um ihre Teuersten bangen. Ihr, an den leitenden Stellen der Lebensmittelversorgung in Land und Reich, tut, was in euren Kräften steht, um ausreichende Nahrung zu schaffen. Ihr Bauern, gebt, was ihr irgend entbehren könnt! Ihr Landes- und Reichsbehörden, schafft herbei, was irgend an Nahrungsmitteln aufzutreiben ist. Ihr Neutralen und ihr im Feindeslager, hört auf die Stimme der Menschlichkeit! Sperrt die Grenzen auf! Der Dank von Tausenden geretteter Menschenleben ist euch gewiß! Darum rufen wir nochmals in alle Welt: Helft uns."

*

Grauenvolle Folge der Unterernährung. In Potsdam sind in den letzten 14 Tagen 2300 Typhusfälle vorgekommen. Davon verliefen 130 tödlich. Die Ursache ist die Infektion des Leitungswassers und die geringe Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung infolge der horrenten Unterernährung.

Kein Religionszwang mehr im neuen Schuljahr.

Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Genosse Hänisch, erläßt folgende Verfügung:

Vornehmste Pflicht eines freien Staatswesens ist es, die Gewissensfreiheit sicherzustellen. Insbesondere gilt das für das Gebiet des religiösen Lebens und der religiösen Erziehung. Dazu gehört auch entsprechend der Regierungserklärung vom 25. März 1919, daß der Religionsunterricht wahlfrei ist. Bis zum Erlaß künftiger Gesetze, die die Beziehungen von Staat, Kirche und Schule zueinander auf neue Grundlagen stellen, ist deshalb den nachstehenden Grundsätzen gemäß zu verfahren:

1. Soweit nicht bereits nach den bisherigen Bestimmungen Schüler der öffentlichen Schulen von der Teilnahme am lehrplanmäßigen Religionsunterricht befreit sind oder befreit werden können, sind sie auf Antrag von der Teilnahme an dem Religionsunterricht zu entbinden. Zur Stellung des Antrags sind diejenigen befugt, welche die Religion, in der die Schüler zu erziehen sind, zu bestimmen haben bezw. nach Erreichung des religionsmündigen Alters die Schüler selbst.

2. Schüler, die von der Teilnahme am Religionsunterricht befreit sind, sind auch nicht zur Teilnahme an Schulfeiern mit religiösem Charakter verpflichtet.

3. Lehrern und Lehrerinnen an öffentlichen Schulen — mit Ausnahme der eigens für den Religionsunterricht angestellten —, die aus Gewissensbedenken um Befreiung von der Verpflichtung zur Erteilung von Religionsunterricht nachsuchen, ist die Erteilung des Religionsunterrichts abzunehmen, ohne daß sie deshalb in ihren Dienstbezügen gekürzt oder von den Aufsichtsbehörden zurückgesetzt werden dürfen. Diese Lehrer (Lehrerinnen) sind auch zur Teilnahme an Schulfeiern mit religiösem Charakter nicht verpflichtet.

4. Die Teilnahme von Lehrern und Schülern an kirchlichen Veranstaltungen außerhalb der Schule ist stets freiwillig.

Bei organisch vereinigten Kirchen- und Schulämtern bleibt die Ausübung der kirchlichen Amtspflichten der Stelleninhaber späterer Regelung vorbehalten.

Diese Bestimmungen treten mit Beginn des neuen Schuljahres in Kraft.

Au!

Der deutsche Kronprinz a. D. gegen Ludendorff.

Der ehemalige Kronprinz hat einem Kopenhagener Reporter sein Herz ausgeschüttet und hat dabei ein Bildchen von dem „Hasardeur" Ludendorff gegeben, das die Alldeutschen und Deutschnationalen sich nicht hinter den Spiegel stecken werden. Die Herren müssen sich ja kennen, sie waren ja lange genug „unter sich". Der Kronprinz sagte:

„Ludendorffs Berichte waren in dem letzten halben Jahre verlogen bis zum Lächerlichen. Man kann nicht, wie Herr Ludendorff, 300 Geschütze und 30 000 Mann verlieren und gleichwohl melden, daß man einen Abwehrsieg erfochten hat. Es gibt Grenzen dafür, wie plump eine Lüge sein darf. Unsere Feinde dagegen haben sein Lügen. Ueber Erich Ludendorff habe ich wörtlich in meinen Erinnerungen geschrieben: „Er ist durch seine rücksichtslose Energie und sein einzig dastehendes Organisationstalent vorwärts gekommen, Eigenschaften, die vorzüglich sind, wenn es auf einen kurzen, rasch abgeschlossenen Feldzug ankommt, die aber nicht hinreichen, um in einem langwierigen Kriege zu siegen." Er hat es verstanden, in einem möglichst kurzen Zeitraum den letzten Mann einzuziehen. Er hat es verstanden, die Eisenbahnen bis zum äußersten auszunutzen. Aber die Ueberanstrengung der Nation mußte auf die Länge zum Zusammenbruch führen.

Im Sommer 1918 sagte ich dem Kaiser: „Die erste Gardedivision ist mit schweren Verlusten aus der Frühjahrsoffensive gekommen. In der ersten Linie sind nur 800 Gewehre übrig. Die Division braucht mindestens vier bis fünf Wochen, um wieder zu Kräften zu kommen und aufgefüllt zu werden. Aber jetzt ist der Befehl da, sie wieder nach nur einer Woche Ruhe einzusetzen. Das heißt nach meiner Meinung, daß sie beim nächsten Sturmangriff bis zum letzten Mann niedergekämpft wird." Der Kaiser hörte mich aufmerksam an, und am nächsten Vormittag beim Generalstabsvortrag, erhob er sich und nahm das Wort: „Mein Sohn, der Kronprinz, hebt hervor . . ." Aber Ludendorff sprang auf, rot vor Wut, starrte durch sein Monokel den Kaiser in Grund und Boden und wartete kaum, bis Seine Majestät zu Ende gesprochen hatte: „Es ist unerhört, daß solche Dinge überhaupt dem Obersten Kriegsherrn unterbreitet werden. Der Kronprinz weiß nicht Bescheid, worüber er spricht. Ich verlange, daß er künftig sein Interesse auf Gebiete begrenzt, die seinem Befehl unterstehen, und er sich nicht in unsere Dispositionen mischt."

Auch diese kleine Stilprobe spricht für die Berechtigung der Forderung nach dem Staatsgerichtshof. Belogen und betrogen! — Vor das Tribunal mit den Schuldigen an Deutschlands Niedergang!

Ein Junker über Wilhelm.

In einem Flugblatt führt Gerhard von Bredow, Rittergutsbesitzer auf Bredow (Osthavelland), u. a. über Wilhelm den Letzten folgendes aus:

An diesen geistig unnormalen Menschen hängte sich leider die königstreue konservative Partei und hat dadurch zum großen Teil den Sturz der Monarchie verschuldet; denn jetzt nach 30 Jahren Regierung eines vom Größenwahn befallenen Menschen konnte sie nicht mehr vom Volk erwarten, daß es in Erinnerung an die Aera Bismarck monarchistisch blieb. Wäre Wilhelm II., wie es richtig war und von vielen auf Grund von ärztlichen Gutachten befürwortet wurde, vor Jahrzehnten unter Kuratel gestellt, so dächten wohl heute viele, die begeisterte Republikaner sind, nicht an die Republik . . . Können die Führer der konservativen Partei, die aus Scheu vor dem Träger der Krone nicht wagten, einen unnormalen Menschen von der Regierung zu entfernen, sich wundern, daß einige tausend Menschen, die durch den Krieg schwer gelitten haben, sich hinter Liebknecht stellen, einen Menschen, der ebenso wie Wilhelm II. in eine Anstalt gehört? Beide bestechen durch oberflächliches schnelles Auffassen, und wäre nicht der eine auf dem Throne geboren, wer weiß, ob sie nicht Schulter an Schulter gefochten hätten.

Der märkische Junker von Bredow erklärt Wilhelm den letzten Hohenzollern — mit einem deutschen Wort — für verrückt. Er will es seit langen Jahren gewußt haben. Er behauptet, auch die konservativen Führer hätten es gewußt. Was weder diese Führer noch den Junker Gerhard Bredow abgehalten hat, vor Wilhelm zu byzantinern und den Nutzen der starken Monarchie, des Selbstherrschertums von Gottes Gnaden dreißig Jahre lang auszuposaunen.

Die Anhänglichkeit und Verehrung, die Wilhelm trotz seiner feigen Flucht in manchen Herzen vielleicht noch übriggelassen hat, wird durch die Monarchisten gründlich ausgejätet. Wut und Zorn fördern Bekenntnisse zutage. —

Der deutschnationale Bolschewist.

Gewisse deutsche Professoren haben den Drang, zu zeigen, daß sie immer noch dieselben politischen Harlekins geblieben sind wie vor dem Krieg und während des Krieges: langbärtige Ideenhuber, die mit rollender Stimme und großem Pathos absoluten Unsinn verkünden. Im Roten Tag schlägt ein Prof. Dr. Paul Eltzbacher, der sich als Deutschnationaler bekennt, die sofortige Einführung des Bolschewismus vor — um die Entente zu ärgern! Prof. Eltzbacher betont allerdings, daß dies kein Mittel für kleine Geister sei wie unsere regierenden Staatsmänner, sondern nur für ganz große Geister wie Prof. Eltzbacher, die fähig sind, sich aus den Gewohnheiten des Alltags heraus zu großen Entschlüssen aufzuraffen.

Prof. Eltzbacher hat aber Pech. In der Deutschen Tageszeitung weist sein deutschnationaler Parteikollege, Graf Reventlo, eingehend nach, daß die bolschewistische Propaganda in Deutschland nur von Juden ausginge und daß auch die Spartakisten und Kommunisten unter jüdischer Führung ständen. Der deutschnationale Professor Eltzbacher muß danach in den Augen seiner Parteigenossen einen stark verjudeten Eindruck machen!

Tagung der internationalen Sozialistenkommission.

Paris. Die Verwaltung der sozialistischen Konferenz in Bern, welche in Paris war, hat beschlossen, daß am 26. April in Amsterdam eine Versammlung der allgemeinen permanenten Kommission abgehalten werden soll, um jene Probleme zu besprechen, die in Bern nicht mehr auf die Tagesordnung gekommen seien. Es handelt sich hauptsächlich um Territorialfragen. Außerdem wird die Konferenz in Amsterdam die durch den Präliminarfrieden geschaffene Lage untersuchen und die Haltung besprechen, die man gegenüber der Gründung einer Internationale in Moskau annehmen will. Außerdem soll erwogen werden, wie die sozialistische Presse entwickelt werden kann. Man wird auch über die Einberufung eines neuen internationalen Kongresses, der wahrscheinlich im August in der Schweiz stattfinden wird, Beschluß fassen.

Die verschwommenen Unabhängigen.

Bei den Berliner Wahlen zum Rätekongreß erklärte der Vertreter der Kommunisten: „Wir enthalten uns der Stimmenabgabe, weil es uns ganz gleichgültig ist, ob einer von den Mehrheitssozialisten oder von den verschwommenen Unabhängigen nach dem Kongreß delegiert wird, von dem ja doch nichts zu erwarten ist." — Wieder ein Fußtritt für die U. S. P., die Schrittmacher der Spartakisten.

Ein Weltarbeitsamt.

Paris. Der Bericht der Kommission für die internationale Arbeitsgesetzgebung schlägt vor, jährlich eine internationale Arbeitskonferenz abzuhalten und ein internationales Arbeitsbureau zur Verbreitung von Nachrichten über Einkünfte zu errichten. Die Beschlüsse der Konferenz müssen von zwei Drittel der Konferenzteilnehmer gefaßt und der gesetzgebenden Macht jedes Staates vorgelegt werden. Nimmt die gesetzgebende Macht das Uebereinkommen an, so muß der Staat ihm nachkommen; tut er dies nicht, dann wird der Völkerbund ökonomische Maßnahmen anwenden. Die erste Konferenz wird im Oktober in Washington abgehalten.

Stolz will ich den Spanier.

Stolz und prinzipienfest haben die Unabhängigen auf ihrem Parteitag den Beschluß angenommen, der völlige Annullierung der Kriegsschuld und Kriegsanleihe fordert. Ein treffliches Thema für die Versammlungsagitation. Wer vor einem politisch möglichst ungeschulten Publikum mit Stentorstimme fordert, daß die Kriegsanleihe den Zeichnern einfach nicht zurückgezahlt werden dürfe, womit das Reich seine Schulden los sei, der ist besonderen, allseitigen Beifalls sicher.

Hinterher aber kamen die Bedenken. Es gibt doch immerhin auch bei den Unabhängigen einige Leute, die wissen, was die praktische Durchführung dieses Beschlusses bedeutet. Vielleicht gehört zu diesen auch Herr Haase, von dem wir uns erinnern, daß er als Volksbeauftragter gleich in den ersten Tagen seiner Regierungstätigkeit einen Erlaß unterzeichnet hat, durch den die Kriegsanleihe auch von der Revolutionsregierung garantiert wird. Haase hat seinerzeit sicher nicht aus Liebe für die Kapitalisten diesen Erlaß unterzeichnet (wie übrigens auch die Mehrheitssozialisten), sondern weil er ganz genau wußte, daß mit der Annullierung der Kriegsanleihe Millionen kleine Leute, auch Arbeiter, ihre geringen Ersparnisse bis auf den letzten Pfennig einbüßen würden, daß gleichzeitig sämtliche Sparkassen sowie auch die Versicherungskassen der Arbeiter an dem Tage der Annullierung der Kriegsanleihe bankrott sein würden. Kranken-, Unfall-, Invaliden-, Altersversicherung würde mit diesem Tage aufhören.

Darauf besann man sich auch jetzt, und so tauchte hinterher ein Antrag Rosenfeld auf, der den bedürftigen Kriegsanleihezeichnern sowie den gemeinnützigen Kassen den Schaden, den sie durch Annullierung der Kriegsanleihe erleiden, vergüten will. Haase bat dringend, den Antrag anzunehmen, da hierdurch die Blamage der Partei wenigstens um einiges verringert würde. Und siehe da, der Antrag wurde angenommen. Praktisch bedeutet er, daß von der annullierten Kriegsanleihe etwa 9/10 doch gezahlt werden, denn fast die gesamte Kriegsanleihe ist bei den öffentlichen Kassen untergebracht.

Die Unabhängigen aber werden nichtsdestoweniger mit dem ihnen eigenen Männerstolz erzählen, daß sie für Annullierung der Kriegsanleihe sind. Man wird doch dies schöne Versammlungszugmittel nicht gänzlich der spartakistischen Konkurrenz abtreten.

Aus der Provinz.

An die Genossen des Wahlkreises Zeitz-Weißenfels-Naumburg!

Die für Sonntag, den 6. April einberufene Kreiskonferenz muß umständehalber verschoben werden. Tag und Ort, an dem die Konferenz stattfindet, wird rechtzeitig bekanntgegeben.

Der Kreisvorstand. Weickardt.

Anstellung von Gutspflegerinnen.

Man schreibt uns: Bekanntlich ist während des Krieges die Ueberführung und dauernde Beschäftigung von weiblichen Arbeitskräften in der Kriegsindustrie ganz bedeutend erleichtert worden durch Anstellung von Fabrikpflegerinnen, die durch Vertretung der berechtigten Wünsche der Arbeiterinnen, gegenüber dem Arbeitgeber und durch Schlichtung mancher Unstimmigkeiten in vielen Betrieben ein dauernd gutes Verhältnis zwischen dem Unternehmer und den Arbeiterinnen geschaffen haben. Eine ähnliche Einrichtung ist auch den Landwirten, die jetzt zur Einstellung deutscher Saison-Arbeiterinnen schreiten, dringend zu empfehlen. Sehr vielen der Mädchen wird es nicht leicht sein, sich in die ländlichen Verhältnisse und die manchmal recht anstrengende Arbeit zu schicken, andererseits ist es dem Landwirt infolge der Fülle der Arbeit, die sich in der Saison zusammendrängt, nicht immer möglich, bezüglich der Unterkunft und Verpflegung der Wanderarbeite-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190404-10/fragment/page=0002
DFG

...nnen dauernd selbst nach dem Rechten zu sehen. Die Einstellung einer **Gutspflegerin**, die ins Gewicht fallende Kosten nicht verursacht, bietet die beste Gewähr dafür, daß auftretende Mißstände und aufkommende Unzufriedenheit, bevor sie zum Bruch des Arbeitsverhältnisses führen, abgestellt werden, und so die Arbeitskräfte für die Dauer der Saison dauernd dem Betriebe erhalten bleiben. Es kann allen größeren Betrieben (mit etwa 40 Arbeiterinnen und mehr) dringend geraten werden, diesem Gedanken näher zu treten. Unter Umständen kommt auch Vereinigung mehrerer Besitzer zur gemeinschaftlichen Anstellung einer Pflegerin für mehrere benachbarte Güter in Frage. Auskunft erteilt die Zentralauskunftsstelle Sachsen-Anhalt, Referat Frauen, Magdeburg. Fernsprecher 7607.

Merseburg. Der neugewählte **Arbeiterrat** hielt Montag seine erste Sitzung ab. Bürgermeister Mosebach eröffnete die Versammlung, die vom Geschäftsführer Langer, dem Vorsitzenden des alten Arbeiterrates, weitergeleitet wurde. Als erster Punkt kamen die Wahlen zur Erledigung. Es wurde zunächst ein Vollzugsausschuß aus 5 Mitgliedern gewählt. Die Wahl selbst wurde mit Stimmzetteln vorgenommen, nachdem ein Vorschlag der Deutschen demokratischen Partei, das Verhältniswahlsystem anzuwenden, abgelehnt worden war. Gewählt wurden in den Vollzugsausschuß die Demokraten Koerlin und Prüfer, die Mehrheitssozialisten Medefindt und Möbert, der Unabhängige Sozialdemokrat Fiedler. Der Vollzugsausschuß wählte zum Vorsitzenden Fiedler, als stellv. Vorsitzenden Prüfer und zum Schriftführer Medefindt. Nun wurde die Mitteilung gemacht, daß zu den Kreisarbeiterratswahlen die Städte Merseburg 5, Schkeuditz und Lützen je 2, Lauchstedt und Schafstädt je 1 Vertreter, die Amtsbezirke ebenfalls wie die Städte auf 5000 Einwohner 1 Vertreter zu wählen haben. Als Vertreter der Stadt Merseburg wurden aus dem Arbeiterrat vorgeschlagen die Unabhängigen Fiedler, Langer und Winkler, von den Demokraten Nebel und Späth. Nächster Punkt der Tagesordnung: Die Aufgaben des Arbeiterrates. Auf Vorschlag Koerlin (Dem.) einigt man sich dahin, als Hauptaufgaben eine Untersuchung der Wohnungsverhältnisse der Stadt Merseburg in die Wege zu leiten, die Einrichtung einer Preisprüfungsstelle vorzunehmen, der Ernährung der Einwohnerschaft Aufmerksamkeit zuzuwenden und eine Verkehrskontrolle auszuüben. Zu diesem Zwecke wurden Kommissionen gewählt. In die Wohnungskommission wurden entsandt: Kämpf, Tränkner und Bielig; in die Verkehrskommission: Koerlin, Seyfert, Möbert; in die Preisprüfungsstelle: Knoblauch, Schöbel und Frau Hey; in den Ernährungsausschuß: Langer, Mehler, Recht und Schneider. An den Magistrat soll das Ersuchen gerichtet werden, ein Zimmer dem Arbeiterrat zur Verfügung zu stellen, in dem der Sekretär Medefindt tätig ist. Dort werden die laufenden Geschäfte des Arbeiterrats erledigt. Ferner soll der Magistrat um Ueberlassung des Stadtverordnetensitzungssaales zu den Sitzungen des Arbeiterrates ersucht werden.

Wolfen (b. Bitterfeld). Ein **neuer Ortsverein** unserer Partei ist hier ins Leben gerufen worden und hat in den kurzen Tagen seit dem Bestehen schon erfreuliche Fortschritte gemacht trotz aller Gegenagitation durch die Unabhängigen und zählt bereits 25 Mitglieder. Wir wünschen dem neuen Verein ein kräftiges Wachsen und Gedeihen.

Naumburg. **Herr Heinrich** sendet uns eine **Berichtigung** wegen der Notiz in Nr. 71 der Volksstimme, die sich mit seiner Person beschäftigt. Er **droht**, wenn wir nicht — — Herr Heinrich, wir sind nicht so ängstlich und werden gerade wegen der Drohung die Berichtigung **nicht** bringen, trotzdem in dieser Zuschrift „großzügig" drei unserer Naumburger Genossen als „gemeine Verleumder" bezeichnet werden. Da wir aber gewöhnt sind, mit sauberen Waffen zu kämpfen, wollen wir die **tatsächlichen** Feststellungen des Herrn Heinrich zur Kenntnis bringen: 1. Hat er den betr. Artikel nicht geschrieben; 2. ist er seit 1911 Verbandsmitglied; 3. ist er schon Mitglied der U. S. P. seit 1. Januar 1918. — Punktum.

Artern. **Zweite Sitzung des neuen Stadtparlamentes.** Die Tagesordnung wird wie folgt erledigt: An Stelle des von hier verzogenen Senators Schäfer wird der Stadtverordnete Genosse Hühnerbein, Carl, als Senator auf die Dauer von sechs Jahren gewählt. Der Gewählte erklärt bei Annahme der Wahl, daß er von dem jetzt geltenden Rechte, neben dem Senatorenamt auch das Stadtverordnetenmandat weiter auszuüben, Gebrauch machen werde. Mit Hühnerbein zieht der erste Sozialdemokrat in das Arterer Magistrats-Kollegium ein. Alsdann Neuwahl der Verwaltungskommissionen. Bau-, Plantagen-, Friedhofs-, Krankenhaus-, Verschönerungs-, Armen-, Kassen-, Gesundheits-, Straßenpflasterungskommission erhalten neue Besetzung, desgl. die Kommissionen für Ländereien, Straßenbeleuchtung, Beaufsichtigung der Samenkrater sowie die Kuratorien der gewerblichen Fortbildungsschule, der kaufmännischen Fortbildungsschule, der Cäcilienheilstätte, der Sparkasse und Schulvorstand nebst Schuldeputation. Auf sozialdemokratischen Antrag wird dem § 7 der Geschäftsordnung (geheime Sitzungen der Stadtverordneten) die Auslegung gegeben, daß der Vorsteher nicht berechtigt sein soll, selbständig Punkte in die geheime Sitzung zu verweisen, daß dazu vielmehr immer ein Beschluß der Versammlung notwendig sei. Ferner liegt ein sozialdemokratischer Dringlichkeitsantrag vor, auf Bildung einer Länderverpachtungs-Kommission, die eine gerechte Verteilung der Pachtparzellen überwache sowie für Heranziehung neuer Ländereien zu Verpachtungszwecken Sorge trage. Dem Antrag wird stattgegeben; von der Versammlung werden dazu gewählt die Genossen Preuß, Semmler und Hilbrecht und Stadtv. Kellner. Das Land soll in Parzellen von ¼ Morgen Größe abgegeben werden.

Eisleben. **Stadtverordnetensitzung.** Am Montag, den 31. März fand hier die Einführung der neugewählten 36 Stadtverordneten statt, die sich aus 3 M.-S., 16 U. S. und 17 Bürgerlichen zusammensetzten. Der Einführung folgte die Konstituierung der Versammlung und dieser die erste Sitzung. Di Bürgerlichen haben sich zu einer „Bürgerpartei" vereinigt, während die beiden sozialistischen Flügel einen Zusammenschluß für die Tätigkeit im Stadtparlament noch nicht vollzogen haben. Die Ursache dürfte in unserer Haltung zur Frage der Neuwahl des Arbeiterrats zu suchen sein. Wir stehen auf dem Boden der Demokratie bzw. sind wir für Einhaltung einer bestimmten Taktik gegenüber den gegebenen Verhältnissen am Orte, denen immer noch ein Teil vom Geiste früherer Zeiten anhaftet. Die Geschlossenheit der „Bürgerpartei", die sich aus allen Parteischattierungen zusammensetzt, ließ bei dieser das Verlangen nach dem Vorsteher in dem Stadtverordnetenkollegium entstehen und schon mehrere Tage vorher mit dem Führer der U. S. und einem Vertreter unserer Partei angeknüpfte Verhandlungen steuerten solchem Ziele zu, mußten aber scheitern an dem konsequenten Verhalten unseres Vertreters, der bei dieser Gelegenheit auch die Behauptung der Bürgerlichen, daß sie die stärkste Partei seien, auf ihre Unrichtigkeit hin festnagelte.*) Nun, die Wahl brach an und die M.-S. hatten sich auf die Person des Führers der U.S. aus **ganz prinzipiellen** Gründen festgelegt. Aber noch vor Beginn der Sitzung versuchte der Führer der Bürgerlichen in Gegenwart der Spitzen der U. S. einen Umschwung bei uns herbeizuführen; er machte in diesem Bestreben Unterstützung suchen in der Abneigung, die der von den U. S. zum Vorsteher bestimmte Führer gegen diesen Posten äußerte. Unser Vertreter lehnte aber eine Unterstützung der Bürgerlichen glatt ab. Der erste Wahlgang, zu dem unbegreiflicherweise von keiner der beiden stärksten Fraktionen Vorschläge gemacht waren, ergab bei Abwesenheit eines Bürgerlichen 17 Stimmen für Herrn Christange (U. S.) und 17 Stimmen (!) für den Rechtsanwalt Mehlis (Bürgerlich), während ein Zettel weiß war. Nach diesem Wahlgang erklärte unser Vertreter, Genosse Strauß aufs bestimmteste, daß die drei Mehrheitssozialisten für den Führer der U. S. eingetreten seien. Der zweite Wahlgang erst ergab 18 Stimmen für den Führer der U. S. und 16 für den Bürgerlichen (!). Zweiter Vorsteher wurde ein Bürgerlicher mit 33 Stimmen. Es hätte bei der von den Bürgerlichen bei der Wahl des ersten Vorstehers geübten Obstruktion nahe gelegen, Stimmenenthaltung zu üben; wir sahen davon ab, bewiesen, daß wir „Wilden" doch bessere Menschen sind und werden das seitens der Bürgerlichen dem Sozialismus entgegengebrachte Mißtrauen diesen bei passender Gelegenheit vor Augen halten. Die weitere Wahl ergab als ersten Schriftführer einen M.-S., als zweiten Schriftführer einen Bürgerlichen. Den Wahlen schloß sich die Erteilung ein vom Oberbürgermeister erbetenen Vertrauensvotums an. Mit Rücksicht auf seine Eröffnungsrede, die, wenn sie auch nicht sozialistischen Geist atmete, so doch das Bemühen zeigte, der neuen Zeit gerecht zu werden, erfolgte das Vertrauensvotum einstimmig. Anders lagen die Dinge beim zweiten Bürgermeister, dessen Antrag, ihn baldmöglichst aus dem Dienste der Stadt zu entlassen, bei den Mehrheitssozialisten den Entschluß hatte reifen lassen, die Neubesetzung dieses Postens nicht im Wege der Ausschreibung, sondern von politischen Gesichtspunkten aus betrachtet mit einem sozialistischen Bürgermeister (ganz gleich, welcher Fakultät) vornehmen zu lassen. Aber wie kam es? In der Sitzung wurde dieser Antrag plötzlich zurückgezogen und auch für ihn ein Vertrauensvotum erbeten. Sollte der zweite Bürgermeister auf den Boden seines ursprünglichen Antrages zurückgebracht werden, so war dies nur auf dem Wege einer Verweigerung des Vertrauens im größeren Umfange möglich. Während aber die Mehrheitssozialisten und ein Teil der U. S. diesen Weg beschritten, erteilte ihm der übrige Teil der U. S.-Stadtverordneten das Vertrauen, wenn auch in unklarer Haltung. Unser Vorhaben, einen sozialistischen zweiten Bürgermeister zu erhalten, konnte dadurch selbstverständlich nicht in Erfüllung gehen. Der Verlauf der weiteren Sitzung brachte noch die Wahlen zum Finanz- und Bauausschuß sowie einen Wahlausschuß zur Vorbereitung der Neuwahlen für den Magistrat bzw. sechs unbesoldeter Stadträte. Zur Linderung der Wohnungsnot (Bau von Notwohnungen durch Inbesitznahme vorhandener Baracken) wurden Dringlichkeits-Maßnahmen beschlossen, womit die Tagesordnung der ersten Sitzung erschöpft war.

*) Und trotz alledem einen tendenziösen Bericht in der Montagsnummer (31. März) des Volksblattes.

Elsterwerda. Die nächste Vereins-Sitzung findet statt am Sonnabend, den 5. d. M., abends 7 Uhr in Hummels Vereinshaus. Tagesordnung: 1. Besprechung der letzten Stadtverordneten-Sitzung. 2. Stellungnahme zu den bevorstehenden Kreistagswahlen. 3. Bericht von der Kreiskonferenz in Falkenberg am 30. 3. 1919. 4. Verschiedenes. — Mit Rücksicht auf Punkt 2 der Tagesordnung ist besonders das Erscheinen der Genossen aus Biehla, Kraupschütz und Kotzschka dringend erwünscht. Parteifreunde sind als Gäste willkommen. Aufnahme neuer Mitglieder findet in der Sitzung statt.

Biehla (Kreis Liebenwerda). Der hiesige unabhängige Wahlverein gab dieser Tage am Anschlagbrett unserer Gemeinde bekannt, daß er Leseabende über den „wahren" Sozialismus veranstalten wollte. Leseabende über Sozialismus sind gewiß eine lobenswerte alte Einrichtung der Sozialdemokratie zur theoretischen Aus- und Durchbildung der Parteigenossen. Warum nennt das Thema der Unabhängigen sich jetzt aber: Der „wahre" Sozialismus? Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß hier eine Nachahmung der Volksblatt-Methoden vorliegt, wonach der großen Alten sozialdemokratischen Partei Deutschlands der „wahre" Sozialismus fehlt, weil den die Unabhängigen für sich ganz allein gepachtet haben!

Kleine Nachrichten. In **Zeitz** wurden auf dem Schlachthofe zwei Zentner Wurst gestohlen. — In **Reinsdorf** stahlen Diebe aus dem Stalle des Rittergutes des Herrn Kaufmann sieben Schafe, in **Heldrungen** aus einem verschlossenen Stalle am Bahnhof ein Pferd. — Landrat Freiherr v. Wilmowski von **Eckartsberga** tritt am 1. April von seinem Posten als Landrat des Kreises Merseburg zurück und siedelt auf sein Gut bei Eckartsberga über. — In **Bitterfeld** ist in den letzten Nächten an sechs Stellen eingebrochen worden, den Dieben fielen große Warenmengen in die Hand.

Aus dem Reiche.

Leipzig. An Stelle des am 1. April in den Ruhestand tretenden Oberschulrats, Prof. Dr. D. Müller, ist der Leipziger Lehrer Ernst Beyer zum Bezirksschulinspektor für den Schulaufsichtsbezirk Leipzig 1 ernannt worden. Diese Berufung wird in Lehrerkreisen lebhafte Genugtuung auslösen, da mit Beyer einer der bekanntesten Vorkämpfer der Lehrerbewegung in den Schulaufsichtsdienst tritt. Auch unser Genosse Dr. **Wünsche** in Leipzig ist Bezirksschulinspektor in Löbau geworden. Ein wenig wenigstens marschiert der neue Geist.

Letzte Nachrichten.

Gute Lösung der Danziger Frage.

Eine Meldung aus Berlin besagt: Die Reichsregierung machte gestern abend den Fraktionsführern der Nationalversammlung Mitteilung über den Stand der in Spa geführten Verhandlungen betreffend die Truppenlandung in Danzig. Dem „Lok.-Anz." zufolge erklärte Foch namens der Entente, daß diese geneigt sei, auf eine Landung polnischer Truppen in Danzig zu verzichten. Sie gehe auf den deutschen Vorschlag, einen anderen Hafen an der Ostsee zu benutzen, ein, wenn wir bereit und in der Lage seien, Garantien für die Beförderung polnischer Truppen zu geben, jedoch behalte sich die Entente vor, unter Umständen bei einem späteren Termin zur Beförderung von Truppen auf Danzig zurückzukommen. Man glaube hier aber in gutunterrichteten Kreisen, daß die Entente hierdurch nur den polnischen und französischen Wünschen **wenigstens äußerlich entgegenkommen** wollte.

Trennung von Kirche und Staat.

Weimar, 3. April 1919. Der heute vom Verfassungsausschuß angenommene Artikel 30a besagt in seinen wichtigsten Sätzen: Es **besteht keine Staatskirche.** Die Freiheit der Vereinigung zu Religionsgesellschaften wird gewährleistet. Der Zusammenschluß von Religionsgesellschaften innerhalb des Reichsgebietes unterliegt keiner Beschränkung. Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig und verleiht ihre Aemter ohne Mitwirkung des Staates. Religionsgesellschaften und geistliche Gesellschaften erwerben die Rechtsfähigkeit nach den allgemeinen Vorschriften des bürgerlichen Rechts. Den Religionsgesellschaften stehen die Rechte einer öffentlichen Körperschaft zu, sofern sie solche bisher besessen haben. Anderen Religionsgesellschaften sind gleiche Rechte zu gewähren, wenn sie eine Gewähr der Dauer bieten. Sie sind berechtigt, ihre Mitglieder zu besteuern. Den Religionsgesellschaften werden diejenigen Vereinigungen gleichgestellt, die sich die gemeinschaftliche Pflege einer Weltanschauung zur Aufgabe machen. Die Sonntage und die staatlich anerkannten Feiertage bleiben erhalten. Die auf Gesetz, Vertrag oder besonderem Rechtstitel beruhenden staatlichen Leistungen an die Religionsgesellschaften werden durch die Landesgesetzgebung abgelöst. Die Grundsätze hierfür stellt das Reich auf. Das Eigentum an den für Kultus- und Wohltätigkeitszwecke bestehenden Anstalten, Stiftungen und Fonds bleibt bestehen.

Sind sie schon da?

Wie der „Vorwärts" von zuverlässiger Seite erfährt, werden die vom Auslande anrollenden Lebensmittel schon in nächster Zeit ermöglichen, für die Industrie-Gemeinden und die Städte mit mehr als 50 000 Einwohnern Zusatzrationen auszugeben. Mit der Verteilung werde vermutlich Mitte April begonnen werden können. Es sei folgende Zusatzration in Aussicht genommen: In den genannten Gemeinden erhalten sämtliche Versorgungsberechtigte

pro Woche auf den Kopf 125 Gramm Speck und 50 Gramm Fett.

Wenn die Ausfuhren wie bisher anhalten, werden alsbald auch die kleineren Gemeinden in der gleichen Weise beliefert werden können. Außerdem werden

wöchentlich 250 Gramm Auszugsmehl

(feines Weizenmehl) an alle Versorgungsberechtigte in sämtlichen Gemeinden ausgegeben werden. Die Preise für Speck und Schmalz werden sich auf etwa

4,50 bis 5.— Mark pro Pfund

stellen. Das Mehl wird verhältnismäßig teurer sein und dürfte sich auf 2 Mark das Pfund stellen.

Fett für die fördernden Bergarbeiter.

Im Ruhrgebiet trafen gestern, wie berichtet wird, die ersten Lebensmittel-Sendungen ein, und es werden von jetzt ab an die fördernden Bergleute recht ergibige Fettmengen verteilt. Es bestätigt sich, daß hauptsächlich die sehr schlechten Ernährungsverhältnisse das Anwachsen der Streikbewegung begünstigt haben.

Eingesandt.

In Uebereinstimmung mit vielen Berufsgenossen möchte ich die maßgebende Stelle auf eine das Mißfallen erregende Anordnung hinweisen. Mit Rücksicht auf den Belagerungszustand sind damals die **Märkte verboten** worden. Das hielten wir alle für notwendig und fanden uns mit der Tatsache ab, trotzdem wir die Geschädigten waren. Heute aber, nachdem der Belagerungszustand aufgehoben, Ruhe und Ordnung wieder herrschen, dürfte doch wohl kein Grund mehr gegen das Stattfinden der Märkte vorhanden sein. Unsere Geschäfte, deren Gedeihen von großen öffentlichen Zusammenkünften abhängt, haben ohnehin schon erhebliche Schädigungen erlitten, so daß wir nunmehr eindringlich bitten müssen, den Markt am kommenden Donnerstag stattfinden zu lassen.
N. S.

Reservierte Plätze.

Das hiesige Cafe Zorn scheint es zu lieben, die Plätze lieber unbesetzt reserviert zu lassen, als sie anderen Gästen anzubieten, die eher kommen als die Herrschaften, die sich die Plätze reservieren lassen. Ich bin stets und ständig Besucher des genannten Cafes und habe es schon häufig beobachtet. Am letzten Sonntag ging es mir nun auch so, daß ich direkt von einem reservierten Platz fortgehen sollte. Mein Anstand gebot mir, den Tisch frei zu geben. Lange noch war der Platz unbesetzt, bis dann endlich ein paar „Herren Leutnants" ankamen. Es saßen nun noch zwei Artilleristen am Tische, die vom Geschäftsführer mit Respekt zu sagen direkt weggejagt wurden. Alle Anwesenden waren natürlich empört. Meint Herr Zorn etwa, daß nur das Geld **der** Herren echt ist? Müßte sich das ein großes Cafe nicht selbst sagen, daß sich das nicht schickt, Plätze zu reservieren. Mögen doch die Herrschaften, die die Absicht haben, ins Cafe zu gehen, zur Zeit da sein. Ich glaube wohl, daß doch die Plätze mit den Sofas auch von anderen Herrschaften benutzt werden können als von Offizieren. Von wem hat denn der Herr Cafe-Hausbesitzer während des Krieges gelebt? Und wer bringt denn mehr Geld unter die Leute, wir alle, oder die schneidigen Herrschaften aus einer gottlob vergangenen Zeit. Mögen sich diese Zeilen auch andere Cafe-Hausbesitzer recht zu Herzen nehmen.
N. L.

Lebensmittel-Kalender.

Städtischer Verkauf von Speisefett in der Talamtschule, am Sonnabend, den 5. April 1919. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 34 501—38 000 vormittags von 8—1 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes werden 55 Gramm zum Preise von 35 Pfg. abgegeben. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten. Gefäße sind mitzubringen.

Städtischer Verkauf von Käse in der Talamtschule am Sonnabend, den 5. April 1919. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 46 001—49 500 vormittags von 8—1 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes werden 55 Gramm zum Preise von 20 Pfg. abgegeben. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Der Verkauf von Quark erfolgt am Sonnabend, den 5. April, auf die Abschnitte 10 und 11 für die eingetragenen Kunden in der Verkaufsstelle der Niemberger Molkerei, Kannischestr. 20/21, vormittags von 8—12 Uhr, für diejenigen Haushaltungen, welche in der Verkaufsstelle der Niemberger Molkerei in der Schulstraße angemeldet sind. Weiterhin erfolgt der Verkauf auf den Abschnitt 11 bei dem Milchhändler Brodhaus, Ludwigstr. 2?, Milchhändler Hinsche, Gr. Gosenstr. 21 und der Milchhändlerin Rast, Schillerstr. 17. Auf jeden Abschnitt wird ½ Pfund abgegeben. Die abgetrennten Abschnitte sind bis 8. April abzuliefern.

Zum Freibank-Verkauf am 5. April werden die Inhaber folgender Nummern zugelassen:

Um 8 Uhr Nr. 8001—8100

Zuckermarken. In der Woche vom 7.—12. April 1919 werden in den städtischen Markenausgabestellen zugleich mit der Ausgabe der Brotmarken die Zuckermarken für den Monat April ausgegeben. Es wird darauf hingewiesen, daß die Zuckermarken beim Empfang nachzuzählen sind; ein Ersatz wird nicht geleistet. Auch werden Zuckermarken, welche in der oben genannten Zeit nicht entnommen sind, nicht nachgeliefert.

Neue Zuckerpreise. In Ergänzung unserer Bekanntmachung vom 10. Dezember 1918 werden vom 1. April 1919 ab die Kleinhandelsverkaufspreise a) für gem. Melis auf 50 Pfg., b) für Brodzucker auf 52 Pfg., c) für Würfelzucker auf 54 Pfg. für das Pfund festgesetzt. Im übrigen verbleibt es bei unserer Bekanntmachung vom 5. November 1917.

Die Inhaber von Gastwirtschaften werden hierdurch aufgefordert, die auf ihren Betrieb entfallenden Zuckermarken und Bezugsscheine für Sacharin für den Monat April, und zwar die Geschäftsinhaber mit den Anfangsbuchstaben A—G am Sonnabend, den 5., diejenigen mit den Anfangsbuchstaben H—N am Montag, den 7., diejenigen mit den Anfangsbuchstaben O—S am Mittwoch, den 9. und diejenigen mit den Anfangsbuchstaben T bis Z am Donnerstag, den 10. April 1919 vormittags von 8 bis 12½ Uhr im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, 2. Obergeschoß, Zimmer 9, abzuholen. Ein Ausweis ist mitzubringen.

Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden hierdurch aufgefordert, bei den von ihnen gewählten Großfirmen den in nächster Woche zum Verkauf gelangenden Morgentrank am Sonnabend, den 5. und am Montag, den 7. April 1919, abzuholen. Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190404-10/fragment/page=0003

Walhalla-Operetten-Theater.
Anfang 7.10 Uhr:
„Der Rastelbinder."
Sonntag 3½ Uhr:
„Zwerg Nase."
Märchen-Posse m. Gesang.
Kl. Preise. Kinder halbe Pr.
Kasse v. 10—1½ u. 4—6.

Stadt-Theater
Sonnabend, d. 5. April 1919,
Anfang 7, Ende 9¼ Uhr:
Der Barbier von Sevilla.
Komische Oper v. Rossini.
Sonntag nachm.
Fremdenvorstellung:
„Der G'wissenswurm."
Bauernkomödie m. Gesang
von Anzengruber.
Sonntag abend:
„Hiesetti"
(Erstaufführung).

Leipzigerstr. 88. U.T **Alte Promenade 11a.**
Fernruf 1234. Fernruf 5738.

Die aus „Carmen" rühmlichst bekannte
Pola Negri
bietet eine neue, unübertreffliche Glanzleistung in dem spannenden Sittenroman in 4 Akten.
„Das Karussell des Lebens"
Sensationelle Schilderungen aus den Kreisen der Lebewelt.
Vorführ.: 4.40 6.40 9.00.

Mädel fein, Mädel klein
Humorvolles Lustspiel in 3 Akten.
Hauptrolle
Anna Müller-Lincke.
Vorführ.: 4.00 6.10 8.20.

Sanssoucl
Herrliche Naturaufnahme.

Eine Nacht in der Stahlkammer
Spannendes Detektiv-Abenteuer in 4 Akteil.
Hauptrollen
Heinrich Peer, Harry Liedtke.
Vorführ.: 5.00 7.10 9.30.

Maria Fein
in dem ulkigen Lustspiel in 3 Akten
„Ehestifter"
Vorführ.: 4.10 6.20 8.20.

Messter-Woche Nr. 12.

Beginn: 4.00 Uhr. Einlass 3.30 Uhr.
Die Abendvorstellungen beginnen 6.10 Uhr.

Tanzunterricht!
Traxdorfs Tanz-Lehranstalt „Gold. Hirsch"
Leipziger Str. 63 ✕ Fernsprecher 5983
seit 25 Jahren bestehend.
Ein neuer Kursus für Anfänger beginnt am
24. April 1919, ½8 Uhr abends.
Gründliche Ausbildung in allen modernen Tänzen, Anmut des Körpers, gutem Benehmen usw.
Rechtzeitige Anmeldungen erbitten
Albert Nicolaus und Frau,
Mitglieder des Bundes Deutscher Tanzlehrer.

Deutscher Bund für Erziehung u. Unterricht
Ortsgruppe Halle.
Dienstag, den 8. April, abends 8 Uhr
Versammlung
in der Aula der Städt. Oberrealschule, Staudestr.
Tagesordnung.
1. Geschäftliches.
2. Vortrag des Herrn Univ.-Prof. Dr. Menzer: Erziehungsideale.
3. Aussprache. 2830
Gäste willkommen. Der Vorstand.

Kameraden aller Waffen!
Wo bleibt Ihr?
Meldet Euch sofort freiwillig bei
Deutsche Schutzdivision
(Abtlg. Lüttwitz).
Mobile Lösung — 5 Mk. Tageszulage — Familienunterstützung — Verpflegung — Bekleidung. 2738
Werbebüro:
Halle, Hotel Stadt Dresden, Martinstrasse 10

Freitag, den 4. April, abends 7½ Uhr, in den Thalia-Sälen:
Grosse
Protestversammlung
gegen die Zerstückelung des Deutschen Reiches.
Es werden sprechen
Bergrat Fabian
über:
„Das Saarrevier",
dazu Vorführung von Lichtbildern.
Landgerichtsrat Schimmelpfennig
über:
„Die Ostmark".
Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Voretzsch
über:
„Die nationalen Grenzen des Deutschen Reiches in Gegenwart und Zukunft".
Es soll eine einmütige Kundgebung der Einwohner Halles werden gegen die von unseren Feinden geplante Zerstückelung des Deutschen Reiches, gegen willkürliche Unterdrückung und Vernichtung deutscher Kultur und deutschen Wirtschaftslebens. 2740
Deshalb kommt Alle, Männer und Frauen jeden Standes und jeder Parteirichtung!
Prof. Dr. Brockelmann, Geh. Reg.-Rat, Rektor d. Universität Halle.
Dr. Rive, Oberbürgermeister.
Schang, Wirkl. Geh. Ob.-Bergrat, Bergnauptmann.
Elze, Geh. Justiz-Rat, Vorsitzender des Vereins Hall. Ostpreussenhilfe.
Schütz, Geh. Postrat, Vorsitzender des Deutschen Ostmarkenvereins, Ortsgr. Halle.
Walzel, Waisenanstaltsdirektor Vorsitzender d. Vereins der Ost- und Westpreussen.

Hippodrom

Wintergarten.
Direktion: Georg Arndt.
Täglich ab nachm. 4 Uhr
Grosses Reit- und Sport-Fest.
Morgen abends 7 Uhr
Grosser Kavalierball.

Konzertdirektion Siegfried Kummerehl.
Thaliasäle, Dienstag, den 8. April 1919:
Schubert-Abend.
Hannerl — Schubert — Dreimäderlhaus.
Heiterer Kammerkunstabend mit Musik, Gesang, Rezitation und Tanz von Alfred Bihler.
Mitwirkende: 2704
Konzertsängerin Louise Hahn,
Solotänzerin Elly Bitter,
Rezitator Alfred Bihler,
Kapellmeister Wilhelm Grüneberg.
Karten zu Mk. 4.10, 3.10, 2.10, 1.55 bei H. Hothan.

Tischtücher : Servietten
Panama- und andere Stoffe
Seide, Volle und Mull zu mässigen Preisen
Partiewaren **S. Biletzky,** Leipzigerstrasse 193
1 Treppe.

Kaffeeservice
9teilig
in grosser Auswahl sehr billig.
C. F. Ritter.
Leipziger Strasse 90.

Radfahrer!
Ventil-Gummi, Gummi-Lösung
in prima Para. 2780
H. Bieder,
nur Gr. Steinstrasse 35, Gummiladen.

Sämtliche Sportartikel
für den Turner-, Ruder-, Fußball-, Hockey- und Tennis-Sport
Leichtathletik
in grosser Auswahl
zu haben im Sporthaus
Julius Bacher
Halle a. S.
Leipzigerstr. 102. Tel. 5906.

Sämereien

für
Mistbeete, Gärten und Felder und Wiesen.
Erfurter Samenhandlung
Wilhelm Greil
Halle S., Marktplatz 16.

Apollo-Theater
Täglich abends 7½ Uhr:
„Das Farmermädchen"
Operette in 3 Akten von O. Zerné.
Jefferson . . . 2799
. . . Dir. Max Walden
Sonntag 3½ Uhr bei kleinen Preisen:
„Das Farmermädchen."
Dienstag, den 8. April, Erstaufführung
Jean Gilberts neuester Operette
Der ersten Liebe goldene Zeit.
Vorverk. 9—1 u. 5—½7.

Alte
Herren-Hüte
(weiche) werden auf moderne Formen schnellstens umgepreßt
Leipziger Hutpress-Anstalt, 2784
Schmeerstrasse 22.

Beachten Sie
unsere Telephon-Nummern:
5407 Redaktion u. Expedition.
6802 nur Geschäftsleitung.
„Volksstimme".

Bekanntmachung.

Vom 1. April d. Js ab werden bis auf weiteres für
Fracht- und Eilstückgut
folgende Rollgeldsätze erhoben:

I. Halle-Stadt, ausgeschl. Halle-Trotha.

a) Gewöhnliches Fracht Stückgut:

Bei dem Versand und Empfang einer Person oder einer Firma innerhalb eines Kalenderjahres für

			Mindestbetrag für jeden Frachtbrief
I. Zone, Altstadt.			
	für 1—25 kg	80 Pf.	= 80 Pf.
	„ 26—50 „	100 „	= 100 „
1.	1—100 000 =	100 Pf. für 50 kg	= 100 „
2.	100 001—150 000 =	99 „ „ 50 „	= 100 „
3.	150 001—200 000 =	98 „ „ 50 „	= 100 „
4.	200 001 - 250 000 =	97 „ „ 50 „	= 100 „
5.	250 001—300 000 =	96 „ „ 50 „	= 100 „
6.	über 300 000 =	95 „ „ 50 „	= 95 „
II. Zone.			
	für 1—25 kg	100 Pf.	= 100 „
	„ 26—50 „	120 „	= 120 „
1.	1—100 000 =	120 Pf für 50 kg	= 120 „
2.	100 001—150 000 =	119 „ „ 50 „	= 120 „
3.	150 001—200 000 =	118 „ „ 50 „	= 120 „
4.	200 001—250 000 =	117 „ „ 50 „	= 120 „
5.	250 001—300 000 =	116 „ „ 50 „	= 120 „
6.	über 300 000 =	115 „ „ 50 „	= 115 „

aa) Gewöhnliches Eilstückgut.

I. Zone, Altstadt:		
für 1—25 kg	100 Pf.	= 100 Pf.
26—50 kg	120 Pf.	= 120 Pf.
II Zone:		
für 1—25 kg	120 Pf.	= 120 Pf.
26—50 kg	140 Pf.	= 140 Pf.

Erste Zone begrenzt im
Norden: Mühlweg, Bernburgerstraße, Blumenthalstraße, Kronprinzenstraße, Cecilienstraße, Hardenbergstraße, Dessauerstraße;
Süden: Gutenbergstraße, Ladenbergstraße, Canstein-straße, Ludwigstraße

b) Sperrige Frachtstückgüter und Feuergut:
I. Zone: Zuschlag zu den Sätzen unter a) für je angefangene 50 kg=80 Pf. Mindestbetrag 80 Pf.
II. Zone: Zuschlag zu den Sätzen unter a) für je angefangene 50 kg=100 Pf. Mindestbetrag 100 Pf.

bb) Sperrige Eilstückgüter und Feuergut:
I. Zone: Zuschlag zu den Sätzen unter aa) für je angefangene 50 kg=80 Pf. Mindestbetrag 80 Pf.
II. Zone: Zuschlag zu den Sätzen unter aa) für je angefangene 50 kg=120 Pf. Mindestbetrag für 1—25 kg=100 Pf.

II. Erdölwitz.

a) Gewöhnliches Fracht- und Eilstückgut:
Für je angefangene 50 kg = 200 Pf. Mindestbetrag 1—25 kg 175 Pf.

b) Sperrige Fracht- und Eilstückgüter und Feuergut:
Zuschlag zu den Sätzen unter a) für je angefangene 50 kg = 100 Pf. Mindestbetrag 100 Pf.

Halle, im April 1919.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190404-10/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 76. Halle, Freitag, den 4. April 1919. 3. Jahrgang.

Vorwärts in Frankreich.

In einer Versammlung der sozialistischen Seine-Föderation, der tonangebenden Organisation des französischen Sozialismus, ist die Freisprechung Villains, des Mörders von Jaures, als eine Proklamation des Bürgerkriegs bezeichnet worden. Die französische Sozialistenpartei hat unmittelbar nach dieser Freisprechung ein Manifest erscheinen lassen, das zwar, so weit sein Inhalt bisher durch telegraphische Auszüge bekannt ist, auf den Pariser Prozeß nicht ausdrücklich Bezug nimmt, aber deutlich verrät, in wie hohem Maße durch ihn die Stimmung der französischen Arbeiterschaft radikalisiert worden ist. Der Aufruf bekennt sich zur sozialistischen Republik und kündigt an, daß auf die Uebernahme der Macht durch das Proletariat voraussichtlich eine Periode der Diktatur folgen werde. Allerdings fordert er dann sofort wieder die Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung, die doch jedenfalls als allgemeine Volksvertretung nach gleichem Wahlrecht und nicht als Zentralsowjet gedacht ist. Das Manifest bekennt sich gegen alle chauvinistischen Friedensbedingungen und fordert einen Völkerbund, in dem alle gleiche Rechte und Pflichten haben.

In der französischen Sozialistenpartei hat längst die unter Führung Longues stehende Linke die Mehrheit gewonnen, und die Rechte um Renaudel und Thomas dürfte vom Inhalt dieses Manifestes wenig erbaut sein, wenn es trotzdem als allgemeine Parteikundgebung veröffentlicht werden konnte, so zeigt das, wie sehr die Rechte der Partei durch die Vorgänge der letzten Zeit geschwächt worden ist. Die Freisprechung Villains war schließlich nur der letzte Tropfen, der den Eimer zum Ueberlaufen brachte.

Fünf Monate nach dem letzten Schuß hat Frankreich, das seinen Sieg mit so furchtbaren Opfern erkaufte, noch nicht den Frieden gewonnen. Je länger die geheimen Verhandlungen der Verbündeten dauerten, desto weiter entschwand das sozialistische Ideal eines Völkerbundes in internationaler Gleichberechtigung in den Wolken. Um Länder und Länderfetzen wurde gestritten, um Milliarden, Kohle und Kali gehandelt. Nicht nur entstand heftiger Streit darüber, wieviel man Deutschland abnehmen könne, ohne den Schuldner ganz zu erwürgen und dadurch alles zu verlieren, auch die Verbündeten unter sich gerieten in heftigen Hader um ihren Anteil an der Beute. Das widerliche Spiel ging so weit, daß Wilson drohte, der Konferenz den Rücken zu kehren und das unheilbare Europa seinem Schicksal zu überlassen.

Dazu kommt, daß sich die Wirkungen der Demobilisation einerseits eines untätigen militärischen Lagerlebens, andererseits auch in Frankreich automatisch fühlbar machen. Die Heimgekehrten sind mit gutem Grund unzufrieden, und die Zurückgehaltenen treibt es doch mit allen Kräften nach Hause. Die wirtschaftliche Erneuerung läßt auf sich warten, und die Disziplin der Armee verfällt immer mehr der Auflösung. Die Bevölkerung des befreiten Nordfrankreich wartet noch immer auf den Segen der Befreiung und erhebt in der sozialistischen Presse heftige Notrufe gegen die Unfähigkeit und Untätigkeit der Verwaltung. Die wiedergewonnenen Brüder des Elsasses aber sehen sich, soweit sie Proletarier sind, aus einer sozialistisch fortschreitenden Republik in einen krassen Bourgeoisiestaat versetzt, wo sie durch militärischen Druck zu Ueberleistungen gezwungen werden, vor denen sie in Deutschland Gesetzgebung und Verwaltunng geschützt hätten.

Zu alledem kamen noch die ungeheuerlichen Urteile von Paris. Cottin, der den Chauvinisten Clemenceau ungefährlich verletzt hatte, zum Tode verurteilt, Villain, der Mörder des großen Sozialisten und Friedensfreundes Jaures, freigesprochen! Das war, scheint es, doch mehr, als die französische Proletarierseele ertrug. Ihre Stimmung entlädt sich jetzt in dem gewaltigen Aufschrei des sozialistischen Manifestes, das als Stimmungszeichen beurteilt, nicht auf die Stichhaltigkeit der in ihm andeutungsweise empfohlenen Methoden geprüft sein will.

Mit leidenschaftlicher Freude begrüßen wir das Erwachen des Gefühl für internationale Gerechtigkeit im französischen Proletariat und sein Bekenntnis zu dem auch von uns erstrebten Bunde freier gleichberechtigter Völker.

Um dieses Ideal zu erreichen, muß sich das deutsche Volk, hier wieder ganz der Verbündete des französischen Proletariats, nicht nur theoretisch zu ihm bekennen, sondern auch auf seiner Ausführung bestehen, soweit es durch seine Verletzung selber getroffen würde. Die internationale Gerechtigkeit verpflichtet uns zur Wahrung unserer Rechte als Volk gegen die Ansprüche des französischen und des polnischen Chauvinismus. Internationalismus ist nicht Selbstpreisgabe, sondern Selbstbehauptung Aller.

Halle und Saalkreis.

Halle, 4. April 1919.

Das Gewerkschaftskartell Halle

hielt am 2. April eine außerordentlich gut besuchte Versammlung ab. Auch die Vertreter fast aller jener Gewerkschaften, welche die Sperrung der Beiträge und Zurückziehung der Kartelldelegierten beschlossen hatten, waren erschienen. Der Kartellvorsitzende Strehler knüpfte bei Eröffnung der Sitzung an diese Tatsache an und sprach die Erwartung aus, daß die Gewerkschaften nun wohl auch ihren sonstigen Pflichten wieder nachkommen. Im weiteren wies er auf die Sitzung mit den betreffenden Gewerkschaften und dem Genossen Silberschmidt von der Generalkommission in Berlin hin, die eine Verständigung nicht gezeitigt habe. — Metallarbeiter Banse beantragte, die Neuwahl des Kartellvorstandes von der Tagesordnung abzusetzen und sie in der nächsten Versammlung vorzunehmen. Die Gewerkschaften, welche die Beitragssperre beschlossen hätten, müßten erst nochmals zu der Frage Stellung nehmen und zum Teil auch erst die Kartellvertreter wählen. Als Transportarbeiter Schlimme und Kartellvorsitzender Strehler der Vertagung widersprachen, wurde der Antrag Banse mit größerem Nachdruck vertreten und gesagt, seine Ablehnung führe zur Sprengung des Kartells. Hierauf wurde der Antrag angenommen.

Unter dem ersten Punkt der Tagesordnung, Eingänge und Mitteilungen, gab der Vorsitzende Strehler ein Schreiben der Kriegsbeschädigtenfürsorge Halle und Saalkreis bekannt, nach dem die vom Kartell gewählten Berufsberater keinen so großen Eifer mehr zeigten wie anfänglich. Mitunter sei nur ein solcher Vertreter in den Sitzungen der Fachberater anwesend. Da die Berufsberatung jedoch von größter Wichtigkeit für die Kriegsbeschädigten ist, wäre es nötig, eine Ergänzungswahl der Vertreter der Gewerkschaften vorzunehmen. Es wird den einzelnen Verbänden empfohlen, neue Ernennungen vorzunehmen und sie im Arbeitersekretariat anzuzeigen.

Die große Arbeitslosigkeit hat die Generalkommission der Gewerkschaften, den Zentralbildungsausschuß und die Zentralstelle für die arbeitende Jugend ein Rundschreiben an alle Kartelle ergehen zu lassen, das wünscht, die unfreiwillige Muße der Arbeitslosen durch geistige Beschäftigung fruchtbar zu gestalten. Es müsse für Belehrung, berufliche Weiterbildung, geistige Anregung, körperliche Ertüchtigung und seelische Aufrüttelung der Beschäftigungslosen gesorgt werden. Zur Anleitung für einschlägige Veranstaltungen hat das Demobilmachungsamt Richtlinien herausgegeben. Sie fordern zur Gründung von Arbeitsgemeinschaften in den einzelnen Städten auf, die alle berufenen Organisationen zur geistigen Beschäftigung der Arbeitslosen zusammenschließen sollen. Hierzu gehören die Behörden, die Vertreter der Arbeiterschaft, die Institute zur Volksbildung usw. Namentlich die Gewerkschaften sollten sich die Mitarbeit angelegen sein lassen. In der Aussprache hierüber meint Metallarbeiter Böttge, das Schreiben verrate ganz den Geist der Generalkommission. Man komme ganz in den Rahmen früherer bürgerlicher Veranstaltungen. Buchdrucker Morche begrüßt das Rundschreiben und wünscht ihm Beachtung. Von anderer Seite wird darauf hingewiesen, daß die empfohlenen Veranstaltungen Sache des Bildungsausschusses seien. Es wird beschlossen, diesen in nächster Zeit wieder ins Leben zu rufen und ihm das Schreiben zu übergeben.

Die neugegründete „Freie Jugend Halle" hat einen Antrag eingereicht, der verlangt, daß ihr sämtliche der früheren Jugendbewegung gehörigen Möbel und Utensilien ausgeliefert werden, da sie wieder ein Jugendheim errichte. Die Gegenstände werden zum Teil vom Gewerkschaftskartell aufbewahrt. In der Aussprache wird festgestellt, daß die Neugründung der Jugendvereinigung ganz ohne Befragen des Kartells usw. stattgefunden hat. Während ein Redner die Aushändigung der Gegenstände unterstützt wird von anderer Seite zur Vorsicht gemahnt, da der andere Teil der Möbel usw. von der unabhängigen Partei aufbewahrt wird, soll eine Auslieferung nur nach Rücksprache mit dieser geschehen.

Die Zentralbibliothek der Arbeiterschaft verlangt vom Kartell eine Erhöhung der seitherigen Zuschüsse. In den letzten Kriegsjahren seien immer nur 200 M. gegeben worden, womit es nicht möglich war, die Bücher in Ordnung zu halten. Es seien deshalb jetzt größere Aufwendungen für Reparaturen nötig. Handlungsgehilfe Illgenstein verlangt, daß der frühere Zuschuß von 10 Pfg. je Mitglied und Jahr wieder gegeben werde, was im Jahre 1913 rund 1640 M. ergeben habe. Arbeitersekretär Kleeis weist auf die ungünstigen Kassenverhältnisse hin. Ein Zuschuß von rund 2000 M. könne jetzt nicht gegeben werden. Es wird beschlossen, der Bibliothek auf das erste Halbjahr 1919 den Betrag von 500 M. zu geben. Voraussetzung ist, daß die unabhängige Partei ihre Zuschüsse in gleicher Weise aufbessert. Da auch über die Unterkunftsräume der Bibliothek im Volkspark geklagt wird, soll mit der Verwaltung desselben darüber verhandelt werden.

Die Jugendhilfe Halle a.S. hat in wiederholten Zuschriften um die Mitarbeit des Kartells gebeten. Es ist dem Kartell anheim gestellt worden, einige Personen vorzuschlagen, die in den Vorstand der Jugendhilfe gewählt werden können. Arbeitersekretär Kleeis schildert die Aufgaben der Jugendhilfe, namentlich der Jugendgerichtshilfe und empfiehlt, der Anregung zu entsprechen. In der Aussprache wird auf die Notwendigkeit der praktischen Arbeit hingewiesen. Die aufgeklärte Arbeiterschaft müsse sich an allen Veranstaltungen öffentlicher Art beteiligen. Kosten könnten freilich nicht übernommen werden. Man beauftragt die Kartellvertreter Walter Kohl, Bruno Böttge und Bowitzki zur Teilnahme an der Jahresversammlung der Jugendhilfe und stellt ihnen anheim, ein Amt in deren Vorstand anzunehmen.

Die Erstattung der Jahresberichte des Kartellvorstandes usw. auf 1918 wird ebenfalls auf die nächste Versammlung vertagt. Während Böttge anregt, die Aenderung des Regulativs des Kartells baldigst vorzunehmen, beantragt Banse, das dem neuzuwählenden Vorstand zu überlassen. Es wird demgemäß beschlossen. Unter „sonstigen Kartellangelegenheiten" wird das Wort nicht verlangt. Die nächste Versammlung soll in etwa vier Wochen stattfinden.

Die Arbeitszeit der Angestellten.

Amtlich veröffentlicht wird jetzt die Verordnung des Reichsministeriums für wirtschaftliche Demobilmachung vom 18. März 1919, die die Arbeitszeit der Angestellten regelt.

Die regelmäßige tägliche Arbeitszeit ausschließlich der Pausen darf die Dauer von acht Stunden nicht überschreiten. Wenn in Abweichung hiervon durch Vereinbarung eine Verkürzung der Arbeitszeit an Vorabenden der Sonn- und Festtage herbeigeführt wird, kann der Ausfall der Arbeitsstunden an diesen Tagen auf die übrigen Werktage verteilt werden.

Sofern die tägliche Arbeitszeit mehr als sechs Stunden beträgt, ist den Angestellten innerhalb der Arbeitszeit eine mindestens halbstündige Pause zu gewähren. Fällt das Ende der Arbeitszeit in die Zeit nach vier Uhr nachmittags, so muß die Pause für die Angestellten, die ihre Hauptmahlzeit außerhalb des die Arbeitsstätte enthaltenden Gebäudes einnehmen, auf mindestens ein und eine halbe Stunde verlängert werden.

Nach Beendigung der täglichen Arbeitszeit ist den Angestellten eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens elf Stunden zu gewähren.

Ausnahmen werden zugelassen in Notfällen, im öffentlichen Interesse und zur Verhütung des Verderbens von Waren oder Mißlingens von Arbeitserzeugnissen. Ueber die Ueberstunden ist vom Arbeitgeber ein Verzeichnis anzulegen, daß er den Aufsichtsbehörden auf Erfordern jederzeit vorlegen muß. Zwanzig Tage (ganz nach Bestimmung) dürfen die Angestellten länger beschäftigt werden aber auch an diesen Tagen nicht länger als 10 Stunden und längstens bis 10 Uhr abends. Offene Geschäftsstellen müssen von 7 Uhr abends bis 7 Uhr morgens geschlossen sein, Lebensmittelgeschäfte dürfen schon vor 7 Uhr öffnen.

* **Die sozialistische Studentengruppe teilt mit:** Am 2. April ist die sozialistische Studentengruppe Halle von Angehörigen aller drei sozialistischen Richtungen trotz lebhafter Obstruktion durch Herren, die nur zu diesem Zweck erschienen waren, gegründet worden. Die Gründung erfolgte aus demselben starken Bedürfnis heraus, das spontan fast an allen deutschen Universitäten sozialistische Studentenparteien entstehen ließ. Die sozialistische Studentengruppe ist eine Arbeitsgemeinschaft, die uns in dem Glauben und der Ueberzeugung vereint, daß allein auf der Grundlage des sozialistischen Menschheitsgedankens eine neue wahrhaft sittliche menschenwürdige Weltordnung aufgebaut werden kann. Aus dieser Erkenntnis erwächst uns die Pflicht, rückhaltlos unsere ganze Kraft in den Dienst dieses Gedankens zu stellen und uns durch eingehende Beschäftigung mit den Problemen der Zeit und durch wissenschaftliche Schulung die Befähigung zu erarbeiten, Vorkämpfer der sozialistischen Idee zu werden. Wir fordern die Ablösung der bestehenden kapitalistischen Wirtschaftsformen durch die sozialistischen. Wir dringen auf eine durchgreifende Hochschulreform im Sinne der von un-

---

Die Geschichte zweier Städte.

(32) Roman von Charles Dickens.

Dreizehntes Kapitel.

Monsieur le Marquis in der Stadt.

Monseigneur, einer der großen Herren von Macht und Einfluß bei Hofe, gab in seinem großen Hotel in Paris seine alle vierzehn Tage wiederkehrende Audienz. Monseigneur befand sich in seinen innern Gemächern, in dem Allerheiligsten für das Gedränge von Verehrern in der Reihe der Vorzimmer. Monseigneur war im Begriff, seine Schokolade zu sich zu nehmen. Monseigneur konnte mit Leichtigkeit gar vielerlei zu sich nehmen, und einige wenige Unzufriedene behaupteten, er zehre ziemlich rasch Frankreich auf; aber die Morgenschokolade konnte nicht einmal ohne die Hilfe von vier starken Männern, außer dem Koch, über die Lippen Monseigneurs gelangen.

Monseigneur hatte einen wahrhaft edeln Begriff von allgemeinen Staatsgeschäften, und dieser war, jegliches in seiner Weise seinen Weg gehen zu lassen; und von besonderen Staatsgeschäften hatte Monseigneur den andern edeln Begriff, daß sie alle seinetwegen da wären, zur Vergrößerung seiner Macht und Bereicherung seiner Tasche.

Nachdem Monseigneur seine vier Leute ihrer Lasten entledigt und seine Schokolade zu sich genommen hatte, ließ er die Flügeltüren des Allerheiligsten auftun und trat hinaus. O, die Unterwürfigkeit, die krummen Rücken und schmeichelnden Gesichter, die Servilität, die niedere Kriecherei, die jetzt zu sehen waren! Was das Demütigen, körperlich und geistig, betrifft, so blieb in dieser Hinsicht nichts für den Himmel übrig — was einer von den vielen Gründen gewesen sein mag, warum ihn die Anbeter Monseigneurs niemals belästigten.

Mit einem Worte der Verheißung hierhin und einem Lächeln dorthin, einem geflüsterten Wort für einen glücklichen Sklaven und einem Gruß mit der Hand für einen andern, wandelte Monseigneur leutselig durch seine Gemächer bis in die entlegenen Region der Peripherie der Wahrheit. Dort kehrte Monseigneur um und ging desselbigen Weges zurück, schloß sich im gehörigen Verlauf der Zeit wieder ein in sein Allerheiligstes mit den Schokoladengeistern und ward nicht mehr gesehen. Dann fuhr Monseigneur fort.

Mit wildem Rasseln und Klappern und einer unmenschlichen Rücksichtslosigkeit, die man heuzutage nicht gut begreift, jagte der Wagen durch die Straßen und um Ecken herum, während Weiber laut schreiend vor ihm auseinanderstoben und Männer einander bei dem Arm packten und Kinder aus dem Wege rissen. Endlich beim Umbiegen um die Straßenecke bei einem Brunnen kam einem der Räder etwas in den Weg, ein lauter Schrei ertönte aus dem Volke, und die Pferde stiegen und schlugen aus.

Wenn letzteres nicht gewesen wäre, hätte der Wagen wahrscheinlich nicht gehalten; oft schon waren Wagen weiter gefahren und hatten ihre Verwundeten liegen lassen, und warum auch nicht? Aber der erschrockene Diener sprang hastig herunter, und zwanzig Hände hatten die Zügel der Pferde gefaßt.

„Was ist geschehen?" sagte Monsieur und sah ruhig aus dem Wagen heraus.

Ein langer Mann in einer Nachtmütze hatte ein Bündel unter den Hufen der Pferde hervorgerissen, hatte es auf den Unterbau des Brunnens gelegt, kniete in dem Schmutze und der Nässe der Straße nieder und heulte darüber wie ein wildes Tier.

„Pardon, Monsieur le Marquis!" sagt ein zerlumpter Mann mit unterwürfiger Gebärde, „es ist ein Kind."

„Wozu macht er diesen abscheulichen Lärm? Ist es sein Kind?"

„Entschuldigen Sie Monsieur le Marquis — es ist recht traurig — ja."

Der Brunnen stand in einiger Entfernung; denn die Straße öffnete sich, wo er stand, auf einen kleinen freien Platz von fünfzehn oder zwanzig Schritten Breite. Wie der lange Mann plötzlich vom Erdboden aufsprang und auf den Wagen zugelaufen kam, legte Monsieur le Marquis einen Augenblick die Hand an den Degen.

„Tot!" schrie der Mann in wilder Verzweiflung, indem er beide Arme gen Himmel erhob und den vornehmen Mann mit starrem Blick ansah. „Tot!"

Die Menge drängte sich um den Wagen und heftete die Blicke auf Monsieur le Marquis. In den vielen Augen, die ihn ansahen, zeigte sich nichts als Neugier und Spannung; kein Drohen und kein Zorn. Das Volk sagte auch nichts; nach dem ersten Schrei war es stumm und blieb auch so. Die Stimme des unterwürfigen Mannes, der gesprochen hatte war in ihrer übermäßigen Unterwürfigkeit tonlos und matt. Monsieur le Marquis ließ seine Blicke über sie hinschweifen, als ob sie alle nichts als Ratten wären, eben aus ihren Löchern hervorgekrochen.

Er zog die Börse.

„Ich kann mich nicht genug wundern," sagte er, „daß ihr Leute euch selbst und eure Kinder nicht mehr in acht nehmt. Einer oder der andere von euch ist immer im Wege Wie kann ich wissen, welchen Schaden ihr meinen Pferden getan habt? Hier, gebt ihm das."

Er warf ein Goldstück hinaus, daß der Diener es aufhebe und alle Hälse wurden lang, um zu sehen, wo es hinfiel. Der lange Mann schrie wieder in einem Tone, der nicht aus einer Menschenbrust zu kommen schien: „Tot!"

Die rasche Ankunft eines andern Mannes, dem die übrigen Platz machten, unterbrach ihn. Als der Arme diesen sah, fiel er schluchzend und weinend an seine Brust und wies auf den Brunnen, wo einige Frauen die kleine Leiche umstanden und sich scheu und sanft darum bewegten. Aber sie waren so stumm wie die Männer.

„Ich weiß alles, ich weiß alles", sagte der zuletzt Angekommene. „Faßt Euch, mein Gaspard! Besser für das arme kleine Wesen, so zu sterben, als zu leben. Es ist in einem Augenblick ohne Schmerz gestorben. Hätte es eine Stunde so glücklich leben können?"

„Ihr seid ein Philosoph, Freund", sagte der Marquis mit einem Lächeln. „Wie heißt Ihr?"

„Ich heiße Defarges."

„Was seid Ihr?"

„Monsieur le Marquis, Weinschenk."

„Hier nehmt, Philosoph und Weinschenk," sagte der Marquis und warf ihm ein Goldstück hin, „und vertut es nach Belieben. Kutscher, fahr' zu!"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190404-10/fragment/page=0005
DFG

eren Berliner Genossen aufgestellten Richtlinien und bekämpfen den engherzigen und rückschrittlichen Geist, wie er an der Universität noch herrscht. Wir betonen die Notwendigkeit, die Mauern der Trennung abzutragen, die lange Jahre des Mißverstehens zwischen den arbeitenden Klassen und der Intelligenz aufgerichtet haben. Wir wünschen dauernden Völkerfrieden, der im Sozialismus und in dem Bund freier gleichberechtigter Völker seine Gewähr findet und bekämpfen daher jede Form des Militarismus. Wir fordern jeden Kommilitonen und Akademiker (Lehrer, Ärzte, Rechtsanwälte usw.) auf, wenn sie sich mit unseren Zielen einverstanden erklären können, oder in irgend welcher Richtung Sympathien für den Sozialismus hegen, unserer Gruppe beizutreten. Die Geschäftsstelle des sich aus Angehörigen der drei sozialistischen Parteien zusammensetzenden Arbeitsausschusses befindet sich: Gewerkschaftshaus (Harz).

* Dreijährige Dauer des Stadtverordnetenmandats. Amtlich wird mitgeteilt: Während bisher die Wahlperiode der Stadtverordneten sechs Jahre dauerte, und alle zwei Jahre ein Drittel ausschied, dauert sie fortan nur drei Jahre und es haben dann immer Neuwahlen für das gesamte Kollegium stattzufinden.

* Der Bezirksarbeiterrat tagte gestern im Volkspark. Er kam zu dem Beschluß, die hallische Arbeiterratswahl für ungültig zu erklären. Wir zweifeln daran, daß der Bezirksarbeiterrat die berechtigte Instanz ist, um solche Entscheidungen zu fällen.

* Der Bezirkstag der unteren Postbeamten, der am Sonntag, den 30. März, in der Aula des Reformgymnasiums abgehalten wurde, gestaltete sich zu einer machtvollen und geschlossenen Kundgebung der unteren Postbeamtenschaft. Der Vortrag des Kollegen Lenz-Berlin, der feststellte, daß die untere Postbeamtenschaft mit Recht auf gewerkschaftlicher Grundlage aufgebauten Verbande der Richtige getroffen und daß sie auch in den Ereignissen der Revolution Recht behalten habe, wurde mit starkem Beifall aufgenommen. Die Versammlung war sich ferner darin einig, daß eine Politisierung der Beamtenbewegung abzulehnen sei, um die Geschlossenheit des Beamtentums nicht in Frage zu stellen. Zum 1. Vorsitzenden wurde einstimmig der langjährige Leiter des Vereins, Ober-Postschaffner Dirrfeld, wiedergewählt. Er leitet den Verein seit seiner Gründung ununterbrochen. Zu Abgeordneten zum Verbandstage wurden außer dem 1. Vorsitzenden die Kollegen Misoszki-Wittenberg und Bormann-Naumburg bestimmt. Ort des nächsten Bezirkstages ist wieder Halle.

* Wo bleiben die Eier? Wie lange ist es her, daß an die hallische Bevölkerung Eier verteilt worden sind? Man kann sich schon gar nicht mehr erinnern. Die Hoffnung, daß mit dem Frühjahr, wo die Eierproduktion einsetzt, endlich auch die Einwohner Halles wieder einmal ein paar Eier zu sehen bekommen möchten, scheint ebenfalls trügerisch zu sein. Wo aber bleiben die Eier? Die Hühner tun doch ihre Pflicht wie alle Jahre um diese Zeit. Es gibt auch Eier, aber im Schleichhandel für 1½ Mark!!!! Die Behörden bringen es nicht fertig, die Eier zu erfassen und sie zu angemessenen Preisen der Bevölkerung zuzuführen. Die Behörden haben ihre Ohnmacht dadurch bestätigt, daß sie die Zwangsbewirtschaftung aufgegeben haben. Nun ist der Handel mit Eiern wieder frei. Ja aber der gesetzliche Höchstpreis bestehen bleibt, so dürfte auch fernerhin die Ware nur im Schleichhandel erhältlich sein. Die Bevölkerung wird auch fernerhin verzichten müssen und sich damit vertrösten, daß sie bald „Ausländisches" zu schlecken bekommt.

* Im Schwurgericht wurde gestern gegen den Arbeiter Koch verhandelt, der der Teilnahme am Aufruhr und der Körperverletzung angeklagt ist. Es handelt sich um den 1. März, wo es bekanntlich anläßlich des geistreichen Einfalles der Landesjäger mit 1 Offizier und 12 Mann (nicht 20 wie bisher verlautete) auf den mit Tausenden von erregten Arbeitern besetzten Markt zu ziehen, zu Tätlichkeiten gegen die Landesjäger kam. Verschiedene Zeugen bezeideten, Koch als einen der Hauptbeteiligten wieder zu erkennen, er sei es gewesen, der unter anderem einem Offizierstellvertreter die Achselstücke abgerissen habe. Ein vom Angeklagten versuchter Alibibeweis war nicht sehr glücklich, und alles Leugnen half ihm nicht. Selbst sein Verteidiger glaubte nicht einmal auf mildernde Umstände plädieren zu können und so konnte das Urteil nicht ausbleiben, das auf 2 Jahre Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust lautete.

* Bei dem Wettbewerb für neue Briefmarken erhielt eine Hallenserin, Fräulein Lilly Schulz, Friedenstr. 25, einen zweiten Preis von 1500 Mark. Es waren insgesamt mehr als 4000 Entwürfe eingegangen. Die junge Künstlerin hat ihre Ausbildung auf der hiesigen Kunstgewerbeschule erhalten.

* Der Volksbund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen hat in dem Regierungsbezirk Merseburg in den drei Monaten seines Bestehens eine beispiellose Entwickelung genommen. Die Ortsgruppe Halle und Umgegend zählt bereits über 15 000 Mitglieder und konnte schon 12 000 Mark an einzelne Beiträge und außerdem 1100 Mark zur würdigen Ausgestaltung des Empfanges der heimkehrenden Kriegsgefangenen an der deutschen Grenze an die Zentralstelle in Berlin abführen, während noch 15 000 Mark als Kassenbestand und Guthaben beim Halleschen Bankverein für die Zwecke des Volksbundes hier zur Verfügung stehen. Außerdem konnte mancher heimgekehrte Kriegsgefangene aus dem engeren Arbeitsbezirke auf seinen Wunsch unterstützt werden. Auch gelang es zentralischerweise, manche Anstellung hier und in der Umgegend zu vermitteln. Außerdem bestehen noch 71 Ortsgruppen in unserem Regierungsbezirk, die gleichfalls eine recht rührige Tätigkeit entfalten. Sie alle sind in der Regierungsbezirksgruppe Merseburg unter dem Vorsitz des Herrn Juweler Tittel vereinigt, die kürzlich mit Rücksicht auf ihre großen Erfolge und ihre Bedeutung als selbständige Gruppe direkt der Zentralstelle in Berlin angegliedert ist. Da bei der Rückkehr der mehr als 800 000 Kriegsgefangenen in die Heimat weitere große Aufgaben bevorstehen, ist die Anmeldung noch recht vieler neuer Mitglieder erwünscht und an die Vorsitzenden der nächsten Ortsgruppen erbeten. Der Beitrag beträgt für ordentliche Mitglieder 3 Mark oder beliebig mehr, für fördernde Mitglieder 1 Mark.

Auf die große Protestversammlung gegen die Zerstückelung des Deutschen Reiches, heute, abends 7½ Uhr, in den Thaliasälen, machen wir nochmals aufmerksam. Möge die Einwohnerschaft Halles sich zu einer großen Kundgebung zusammen finden, die in einer einmütigen Resolution ihren Ausdruck findet.

* Der Kammerkunstsänger Hannert, Schubert, Dreimäderlhaus von Alfred Bibler verspricht eine Veranstaltung schönster Art zu werden. In allen Kritiken wird dieser Abend als eigenartig und prächtig bezeichnet. Die Mitwirkenden sind allererste Künstler und wurden auf ihren bisherigen Konzertreisen von Publikum und Presse gefeiert. Leider verbietet der knappe Raum, aus dem umfangreichen vorliegenden Kritikmaterial Aussätze zu bringen, weshalb auf die Anzeigen und Plakate hingewiesen wird.

Stadttheater. Heute, Freitag, abends 7 Uhr, wird Verdis Oper „Aida" wiederholt. Sonnabend „Der Barbier von Sevilla". Sonntag, nachmittags 3 Uhr, Fremdenvorstellung zu ermäßigten Preisen „Der Gewissenswurm", Bauernkomödie mit Gesang von Anzengruber, abends 7 Uhr, Erstaufführung „Allebill", das Märchlein von dem Fischer und seiner Frau, eine dramatische Sinfonie von Friedrich Klose, Gedicht von Hugo Hoffmann. Montag „Carmen".

Zoologischer Garten. Mit dem gestrigen, sechsten Gesellschafts-Konzert des Stadttheater-Orchesters fand die Winterspielzeit ihren Abschluß. Wie nicht anders zu erwarten, hatten sich zu diesem Konzerte viele Musikfreunde als Zuhörer eingefunden, die den Darbietungen des Orchesters mit großer Aufmerksamkeit lauschten.

Soziales.

Aenderung der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge.

Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht unterm 17. März 1919 eine Verordnung, die die Erwerbslosenfürsorge-Verordnung vom 13. November 1918 in einigen wichtigen Punkten abermals abändert. Danach sind im § 1 die Verwaltungskosten zum Gesamtaufwand für Erwerbslosenfürsorge hinzuzurechnen. Im § 5 werden die Worte „während des Krieges" ersetzt durch „seit dem 1. August 1914". In einem neuen § 5a wird bestimmt, daß die Wohngemeinde verpflichtet ist, den auf die Aufenthaltsgemeinde entfallenden Anteil des Vorschusses auf Unterstützung zu erstatten. Die Anteile des Reiches und der Bundesstaaten werden in der Aufenthaltsgemeinde verrechnet. In § 6a wird festgesetzt, daß auch ein Teilbetrag der Unterstützung zu gewähren ist, wenn dadurch eine bedürftige Lage behoben werden kann. Als erwerbsunfähig soll angesehen werden, wer wegen einer 26⅔ Proz. übersteigenden Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit Rente bezahlt erhält, sofern er nicht trotz dieser Beeinträchtigung auf Grund wirklicher Arbeitsleistung mindestens ⅔ des Ortslohnes verdient. § 8 wird dahin geändert, daß sowohl den Erwerbslosen als auch den im Haushalt desselben lebenden Familienangehörigen, die durch Weiterführung des Haushalts mittreten, freie Fahrt zur Reise in den Beschäftigungsort nebst einer angemessenen Beihilfe zu den Reisekosten von der Gemeinde des letzten Wohnorts aus den Mitteln der Erwerbslosenhilfe zu bewilligen ist. Auch kann diese Gemeinde eine Beihilfe zu den Kosten der Beförderung des Umzugsgutes gewähren, die die Kosten der Bahnbeförderung nicht übersteigen soll. § 8a bestimmt, Als Wohnort ist der Ort anzusehen, in dem sich eine Person nicht bloß vorübergehend aufhält, sondern mit der Absicht längeren oder dauernden Verbleibens wohnt. Zu § 9 wird hinzugefügt: Wo für einzelne Orte die vorgeschriebenen Höchstsätze in einem Mißverhältnis zu den Kosten der Lebenshaltung steht, können durch Bestimmung der Landeszentralbehörden diese Höchstsätze bis zum 1½fachen Ortslohn, jedoch nicht über die Höchstsätze der Klasse A hinaus erhöht werden. Diese Verordnung ist am 14. März 1919 in Kraft getreten.

Warum verschließen sich noch viele Menschen dem Sozialismus?

Wir werden um Aufnahme folgender Zuschrift gebeten: Jeder Mensch will und kann frei sein! Und doch wird fortwährend von den Unabhängigen und Freidenkern, sowie von den indifferentesten und reaktionärsten Leuten geschimpft und geklagt, daß sie vergewaltigt werden, daß sie gebunden und ihnen Fesseln angelegt sind. Sind denn Schimpfereien, Nörgeleien, Eigenbrödeleien und Zweifel die geeignetsten Mittel, um das goldene Licht der Freiheit zur Entfaltung zu bringen? Niemals! Die Freiheit kann allein nur der Sozialismus bringen, der aus dem Herzen kommt und verstanden wird. Da schreien seine Gegner wieder: „Niemals!" — O, diese Verblendung! Weil die Gegner und Zweifler sich selbst nicht freimachen wollen von ihrer Herrschsucht und von ihrer Eigenliebe, die nur daran denkt, die eigene Erdenlaufbahn möglichst bequem und angenehm auf Kosten der anderen Menschen zu gestalten, weil sie als Minderheit sich dem Willen der Mehrheit nicht beugen wollen oder weil sie schließlich sich gegenseitig immer wieder zuflüstern, der Sozialismus will doch nur alles niederreißen, wie die jüngste Zeit bewiesen hat; er will nur unser Geld und Gut aufteilen, wir müssen uns ihm also entgegenstemmen. O, Ihr Kleingläubigen. — Der wahre Sozialismus kennt keine rohe Gewalt, sie ist ihm nicht nur fremd, sondern in tiefster Seele verhaßt. Der Sozialismus kämpft mit geistigen Waffen und mit Idealen, er will die Menschen zusammenschweißen zu einer großen Familie, er will Not und Elend für immer beseitigen und so dem ewigen Frieden und der Eintracht eine Ehrenpforte zum Einzuge bauen.

Darum fort mit allen Zweifeln! Frei ist und wird nur der, welcher sich mit allen seinen Mitteln mit seinem ganzen Wissen und Können in den Dienst der Allgemeinheit stellt, der restlos anerkennt, daß er nur ein winziges Glied in der endlosen Menschenkette ist, die den Erdball umschlingt. Wenn die Menschen zu dieser Erkenntnis gelangt sind, ist das große Wort von der christlichen Nächstenliebe erfüllt. Dann ist der wahre und reinste Sozialismus da, dann gibt es nur Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit unter den Menschen.

Arbeiter, Beamte, Bürger und Bauern! Wer sein deutsches Volk und Vaterland liebt, wer einer glücklichen Zukunft entgegengehen will, der bekenne sich zu dem idealen Sozialismus, wie er von den Mehrheitssozialisten und ihren Führern euch in selbstloser Weise hingereicht wird. Macht euch frei vom Egoismus, von jeglicher Reaktion und Gewalt, erstrebt das Höchste und Schönste: Die Nächstenliebe. A. R.

Schulbücher
und
Zeichenartikel
für städtische Mittel-, Volks- und Landschulen
nach Vorschrift bei
Albin Hentze,
24 Schmeerstraße 24.

2 Stores zu verkaufen
Seifert, An der Universität 2.

Gut möbl. Zimmer
von ält. Herrn gesucht. Off. unt. R. K. an die Exped. ds. Blattes.

Alte Fahrrad-Decken und Schläuche,
auch brauchbare kauft
zu hohen Preisen
Bieder,
Gr. Steinstraße 35, Gummiladen. 2654

Abgepasste
Gardinen
und 2801
Stores
in soliden Qualitäten.
Bruno Freytag,
Leipzigerstrasse 100.

Heraus mit unseren Kriegsgefangenen!
Zu der Nachmittagstagung der Bezirksversammlung der Ortsgruppen vom Regierungsbezirk Merseburg des
Volksbundes zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen
haben auch die Mitglieder aus Stadt und Land Zutritt. Sie findet am
nächsten Sonntag von 2½—6 Uhr im „Thalia-Theater", Geiststr. 42a,
mit folgender Tagesordnung statt:
1. Zwecke und Ziele des Volksbundes zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen. Redner Herr Universitätsprofessor Dr. jur. Boehmer, stellvertretender Vorsitzender vom Zentral-Vorstand Berlin;
2. Bericht über den Bezirkstag in Oranienburg. Redner erster Vorsitzender vom Zentral-Vorstand Berlin, Herr Erlemann;
3. Stand der Frage über die Nachzahlung der Löhnung an die heimgekehrten Kriegsgefangenen. Redner Herr Bureauvorsteher Boehmer;
4. Bericht über die Empfangsvorbereitungen für die heimkehrenden Kriegs- und Zivilgefangenen. Redner Herr Rittmeister von Lerchner vom Zentral-Vorstand Berlin;
5. Bericht über die Lage unserer Kriegsgefangenen in allen Erdteilen. Redner Herr Rose vom Zentral-Vorstand Berlin;
6. Lichtbildervortrag über Zivilkriegsgefangenenlager in England. Redner Herr Spiecker vom Zentral-Vorstand Berlin.
Leider müssen, da es bei uns an ausreichenden Sälen fehlt, Eintrittskarten ausgegeben werden. Dieselben sind kostenlos bei unserem Vorsitzenden Juweliere Tittel, Halle, zu entnehmen. 2806

Lehrling
für Koffer- und feine Lederwaren sucht
Alfred Krasemann, Täschnermstr.
Leipzigerstraße 12.

Mehrere tüchtige
Bautischler
sofort gesucht
Wegelin & Hübner A.-G.
Turmstr. 125.

Salzschüsseln u. Waschbecken
wieder eingetroffen
sehr billig.
C. F. Ritter,
Leipziger Strasse 90.

Schülermappen
in
pa. Rindleder
sehr preiswert
Hch. Krasemann
nur 2799
Schmeerstraße 19.

Generalkommando
IV. Armeekorps.
Abt. Ia Nachr.-Ref. B. Nr. 408/19.

Magdeburg, den 29. 3. 1919.

Aufruf!

Zur Aufstellung der Freiwilligen-Nachrichten-Abteilung des Korps werden noch dringend Offiziere benötigt. Eingestellt werden auch Offiziere ohne technische Vorbildung. Besonders erwünscht ist Meldung von Oberleutnants und älteren Leutnants. Offiziere, die im Felde Truppen-Nachrichten-Offiziere waren oder dem technischen Dienst der Nachrichten-Truppe Interesse entgegen bringen, wollen sich zur Einstellung in die Freiwilligen-Nachrichten-Abteilung des IV. A.-K. mündlich oder schriftlich beim Nachrichten-Referenten des Generalkommandos oder beim Nachrichten-Bataillon 4 Altengrabow melden.

Die Freiwilligen-Nachrichten-Abteilung ist auf dem Truppen-Übungsplatz Altengrabow und wird nach Magdeburg verlegt. 2804

Von seiten des Generalkommandos.
Der Chef des Generalstabes.
v. dem Hagen,
Oberstleutnant.

Der Zentralsoldatenrat IV. A.-K.
Bölcker.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170629775191904 04-10/fragment/page=0006